

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Vernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 16. Mai 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Vernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die amerikanische Gefahr.

II.

Doch selbst zugegeben, der amerikanische Hochofenbesitzer könne infolge der niedrigen Coalspreise bequem die Tonne Roheisen um 8 oder selbst 10 M. billiger liefern, so erklärt sich daraus noch immer nicht die Furcht der deutschen Eisenindustriellen vor der amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie. Thatsächlich beruht denn auch deren Ueberlegenheit auf ganz andern Ursachen: auf der enormen Betriebskonzentration, der Vereinfachung der verschiedenartigsten Haupt- und Hilfsbetriebe miteinander. Nicht nur der Stahlrumpf, auch die andern großen Compagnien haben ihre eigenen Kohlen- und Erzlager, ihre eigenen Schiffe und Eisenbahnen, ihre eigenen Kokeren, Hochofen, Konverter, Martinöfen, Walzwerke usw. Unter Berücksichtigung dieser Konzentrationen berechnete schon 1897 die Zeitschrift „Stahl und Eisen“ die Produktionskosten für eine von der Carnegie-Compagnie hergestellte Tonne Roheisen auf nur 7,25 Dollar (30,50 M.); der „Engineer“ rechnete 1899 unter Zugrundelegung der damaligen Preisverhältnisse 83,20 M. heraus; und Lenschau meint gar, daß unter günstigen Umständen der Stahlrumpf die Tonne Bessemer-Roheisen für 27 M. herzustellen vermag.

Dennoch wird sich unter gewöhnlichen Umständen der amerikanische Export von Roheisen und Stahlrumpf nach Europa kaum als lohnend erweisen — nur im Fall einer in Amerika ausbrechenden Krise und wenn es den amerikanischen Gesellschaften gelingt, sich für ihre Exportprodukte weit unter dem jetzigen Niveau stehende Frachtsätze zu sichern, muß mit einer größeren Ausfuhr von Eisenrohmaterialien und Halbfabrikaten gerechnet werden. Bisher war der amerikanische Export in solchen Artikeln recht gering. In 1898/99 führten z. B. die Vereinigten Staaten nur 232 812, 1899/1900 163 245 und in 1900/01 259 321 Tonnen Roheisen aus, d. h. in den beiden letzten Jahren noch nicht die Hälfte jenes Quantums, das Deutschland allein aus England bezogen hat. Was wiederum die Vereinigten Staaten in den letzten Jahren in rasch steigendem Maße nach Europa ausgeführt haben, das sind feineres Eisen- und Stahlwaren und besonders kompliziertere Maschinen: Lokomobilen, landwirtschaftliche Maschinen, Maschinen für Spinnereien und Webereien, Werkzeugmaschinen verschiedener Art, Nähmaschinen, Fahrräder etc. Schon im Jahre 1899/1900 belief sich der Wert des amerikanischen Maschinen-Exports auf beinahe 231 Millionen Mark. Es ist aber geradezu lächerlich, die überlegene Konkurrenz Amerikas auf diesem Gebiet aus der Billigkeit seiner Rohmaterialien erklären zu wollen; denn ob das Roheisen pro Centner 40—50 Pf. oder auch gar 1 Mark billiger ist, kommt bei den Preisen einer Sä- oder Spinnmaschine, einer Näh- oder Schreibmaschine nicht in Betracht. Das Uebergewicht, das die Vereinigten Staaten auf dem Gebiete der Maschinenproduktion erlangt haben, besteht in dem hohen Grad ihrer Technik, der weitesten Anwendung von Maschinen und der Betriebskonzentration. Das zeigt sich deutlich darin, daß ihre Industrie sogar in solchen Branchen die Konkurrenz zu schlagen beginnt, in denen sich die Rohstoffe drüben teurer stellen als in Europa. Obgleich beispielsweise die amerikanische Schuhwaren-Industrie die Häute und Felle größtenteils aus Europa einführt und demnach weit höher bezahlen muß, gewinnt sie stetig in Europa an Absatz und hat nach Deutschland bereits in 1900 für 412 000 M. Schuhwaren geliefert, und doch beträgt in den großen Schuhfabriken Philadelphias der wöchentliche Lohn ungefähr 60 M., in den deutschen Fabriken durchschnittlich kaum 20 M.

Nach dem Census von 1900 betrug in diesem Jahr das in der amerikanischen Schuhwaren-Industrie angelegte Gesamtkapital 101,8 Millionen Dollar, die Zahl der Lohnarbeiter 142 922, die Jahres-Lohnsumme 59,18 Millionen Dollar, also pro Kopf ungefähr 413 Dollar (ca. 1735 Mark). Die Ausgaben für das verarbeitete Material stellten sich auf 189,6 Millionen Dollar, die allgemeinen Betriebskosten auf 10,8 Millionen Dollar, während der Gesamtwert aller produzierten Waren sich auf 261 Millionen Dollar belief.

Der Anteil der Ausgabe für verarbeitetes Material an dem Gesamtwert der Produktion betrug also nicht weniger als 65 Proz. Wenn trotzdem die Konkurrenz amerikanischer Schuhwaren sich bereits auf den europäischen Märkten fühlbar macht, so infolge der überlegenen Betriebsweise der großen amerikanischen Schuh- und Stiefelfabriken, die ein englischer Sachverständiger folgendermaßen beschreibt: „Sämtliche Maschinen, die in den Fabriken gebraucht werden, sind neuester Konstruktion. Mit Ausnahme des Schneidens der Materialrollen, aus denen der obere Teil des Stiefels hergestellt wird, wird beinahe nichts mit der Hand gemacht. Es ist unmöglich, alle die Maschinen aufzuzählen, die sich im Gebrauch befinden. Die Thatsachen allein, daß 300—500 Arbeiter im Stande sind, täglich 1500—3000 Paar Stiefel und Schuhe zu machen, genügt, um zu zeigen, daß nahezu die gesamte Arbeit von Maschinen geleistet wird. Eben der Gebrauch dieser verbesserten Maschinen ist es, der den amerikanischen Fabrikanten in den Stand setzt, so gewaltige Mengen zu produzieren.“

Und dasselbe gilt von einer Reihe anderer amerikanischer Industrien. Sprechen auch bei einzelnen von diesen die billigeren Rohmaterialpreise immerhin nicht unwesentlich mit, so ist es doch vor allem die größere Betriebskonzentration, die Maschinenbemessung, die Arbeitsteilung, die der amerikanischen Industrie ihre Konkurrenzfähigkeit giebt. Und in der Einführung der amerikanischen Betriebs- und Fabrikationsweise besteht denn auch, wie Lenschau treffend hervorhebt, das Mittel, der amerikanischen Gefahr zu begegnen, nicht in Forderhöchungen und der Ausweitung vorläufig undurchführbarer Zollbündnisprojekte. Der deutsche Inlandmarkt läßt sich zwar durch hohe Zölle gegen die amerikanische Einfuhr von Industrierwaren absperrn; aber gerade jene deutschen Industrien, die am meisten von der amerikanischen Konkurrenz bedroht erscheinen,

arbeiten in weitestem Maße für Auslandsmärkte, und auf diesen helfen die deutschen Zölle nicht nur nicht, sondern erschweren im Gegenteil den Konkurrenzkampf. Denn die amerikanische Maschinenindustrie hat vielfach Spezialitäten geschaffen, die von unserer Industrie und Landwirtschaft gar nicht entbehrt werden können. Eine Verhinderung des Imports oder Verteuerung solcher Spezialmaschinen wäre gleichbedeutend mit einer Hemmung weiteren Fortschritts, mit einer Vergrößerung der Produktionskosten, statt ihrer Verminderung.

Das Mittel zur Abwehr der sogenannten amerikanischen Gefahr ist vielmehr die Vereinfachung der Anwendung von Maschinen, und zweitens eine der amerikanischen angepaßte Betriebsweise und Betriebsgliederung, also z. B. in der Eisenbranche die Zusammenfassung von Kohlenzechen, Hochofen, Martinöfen, Walzwerken usw. zu großen, einheitlich geleiteten Betrieben. Das giebt auch Lenschau zu; völlig verfehlt ist es aber, wenn er meint, diese Betriebsweise könne sich auf der Grundlage der heutigen deutschen Syndikatschickung aufbauen und wenn er deshalb die allgemeine Bildung von Syndikaten empfiehlt, die sich mit einander zu verbinden und womöglich eine gleitende Preiskala aufzustellen hätten, welche es erlaubt, sobald der Preis eines Fabrikats sich auf dem Markt ändert, Gewinn und Verlust sofort über alle an seiner Herstellung beteiligten Betriebe zu verteilen. Das ist eine reine Phantasmagorie, besteht doch gerade das Wesen der deutschen Syndikatsbildung in der horizontalen Schichtung, in dem Zusammenschluß der Betriebe einer und derselben Produktionschicht zu dem Zweck, für das hergestellte, zur Weiterverarbeitung gelieferte Produkt möglichst hohe Preise herauszuschlagen. Kein, der Weg führt über die heutige Syndikatschickung hinweg zur Bildung großer, verschiedenartigen Betriebe vereinigende Aktiengesellschaften. An Ansetzungen dazu fehlt es ja auch in Deutschland nicht. Eine in ihrer Art der amerikanischen ähnliche Organisation zeigt der Krupp'sche Betrieb, und auch bei andern kleineren Werken finden wir das Bestreben, eigene Kohlenzechen und Erzlager zu erwerben und den Hochofenanlagen Konverter, Martinöfen, Walzwerke usw. anzugliedern.

Daneben sind die hohen Eisenbahn-Transportkosten zu ernähigen, vornehmlich die im Vergleich zu andern Ländern relativ hohen Frachttarife für gewisse Rohstoffe, vornehmlich Eisenerze, und besonders muß das Wasserstraßennetz weiter ausgebaut werden. In den Vereinigten Staaten stellen sich durchweg die Frachten für Eisenprodukte außerordentlich niedrig; die Eisenbahnfracht von Pittsburg nach New York betrug z. B. im vorigen Jahre nach Lenschaus Angaben für Roheisen pro Großtonne (2240 engl. Pfund) 2,20 Dollar, für Knüppel und Walzdraht 2,40 Dollar, für andre Eisen- und Stahlfabrikate 2,91 Dollar, das macht pro Kilometer und metrische Tonne (1000 Kilogramm) 1,28 Pfennig für Roheisen, 1,40 Pfennig für Stahlknüppel und 1,63 Pfennig für Fertigfabrikate. Hingegen führt eine Erhöhung der Eisen- und Maschinenzölle unter allen Umständen zu einer Beeinträchtigung der deutschen Konkurrenzfähigkeit; denn da erhöhte Zölle auch beim Fortfahren im alten Produktionsweise gute Profite garantieren, hemmen sie den Uebergang zu einer Betriebskonzentration in der Art der amerikanischen, begünstigen die Bildung von Syndikaten und die Durchführung der von diesen betriebenen, genügend bekannten Preispolitik und erschweren ferner durch Verteuerung der Roh- und Halbfabrikate den Export nach den Auslandsmärkten. Und selbst, falls die Syndikate der Eisenindustrie einen Teil der auf dem Inlandsmarkt eingehenden hohen Gewinne dazu benützen, durch Gewährung von Exportprämien die Ausfuhr zu erleichtern, ergibt sich als Endergebnis eine Beeinträchtigung der deutschen Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt — ganz abgesehen davon, daß ein solches Prämienwesen nichts andres bedeutet, als den deutschen Kontrahenten das geschäftliche Exportrisiko aufzubürden — denn wenn auch vielleicht in diesem Fall der Eisenindustrie selbst nicht der Export erschwert wird, so doch den übrigen Industrien, welche die von ihnen gebrauchten Arbeitswerkzeuge und Maschinen um so teurer zu bezahlen und infolgedessen mit erhöhten Produktionskosten zu rechnen haben.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 15. Mai.

Die Politik der festen Preise.

Die Nationalsozialen — bisweilen ist's doch ergötzlich, sich mit ihnen zu beschäftigen — sind zwar erzevangelischer Abstammung, haben aber einen unüberwindlichen Hang für das Wählerdammertum in der Politik, für die Uebertragung der Prinzipien des Hosenverkaufs, für das System des „reellen“ Geschäfts. Wenn Himmelblau Romantiker in die Politik geraten, suchen sie sich allemal als nächsterseher Redner und Kaufleute zu geben: sie nennen sich dann mit Vorliebe Realpolitiker, haben aber doch nur den mühseligen Ehrgeiz.

Ein ganz besonders herrliches Erzeugnis solcher realpolitischen Politik der festen Preise — Handeln gestatt! — findet sich in der neuesten Nummer der „Hilfe“, aliso wörtlich folgendes zu lesen ist:

Rußhandel. Der Diktatorparagraf im Reichsland, der dem Statthalter bisher die Möglichkeit gab, bei Gefahr für die öffentliche Sicherheit alle Maßregeln anzuordnen, welche er zur Abwendung der Gefahr für notwendig hält, wird aufgehoben. Der Kaiser hat durch einen von der Hofkämmerung bei Schleißdorf dotierten Erlaß den Statthalter angewiesen, sich dieierhalb mit dem Reichskanzler in Verbindung zu setzen und der Bevölkerung die freundliche Nachricht von der Einsetzung der alten Regierung zu übermitteln. Die überraschende Billigkeit dieses Ereignisses ist echt kaiserlich. Aber auch die scheinbar unberechenbarsten Kundgebungen Wilhelms II. haben ihre Planmäßigkeit. Die Aufhebung des Diktatorparagrafen ist der Entgelt für die

erheblichen Beiträge des Reichslandes zur Wiederherstellung der Hofkämmerung. Unter der monarchischen Einleitung eines Vertrauensbeweises versteckt sich ein solides Handelsgeschäft. Wir gratulieren den Esch-Lothringern zu diesem billigen Rußhandel, der zeigt, daß auch der Kaiser auf Kompromisse angewiesen ist. Die Socialdemokratie sollte an solchen Vorgängen endlich einmal politisch denken lernen. Würden die deutschen Arbeiter offen zugeben, daß Erhaltung und Stärkung von Heer und Flotte die Grundbedingung ihrer Wohlfahrt ist, dann könnten sie gegen das Zugeständnis monarchischer Führung billiges Brot und Socialreform einhandeln. So lange sie das nicht wollen und „voll und ganz“ auf ihren doktrinarischen Ansichten von Demokratie und Socialismus beharren, fällt den klügeren Politikern eine reife Kompromißfrucht nach der andern in den Schoß. Heute den Agrariern, morgen den Großindustriellen, übermorgen den Centralbanken. Es lebe die principienlose Unentwegtheit der Krutzh und Luzenburg!

Wären wir nicht geradezu überwältigt von diesen erhabenen Maximen national-socialen Geschäftssinns, so würden vielleicht in uns einige Bedenken aufsteigen. Ist z. B. die Aufhebung eines ausländischen Ausnahmestrafes, an dessen Erhaltung eigentlich niemand interessiert ist, zu vergleichen mit den Lebensfragen ganzer Klassen, wie sie bei der Zollvorlage ausgeklümpelt werden müssen? Aber derlei kleine Einwände verschwinden vor unserem Entzücken über die neue Taktik, die unsre Abkömmlinge und Wähler uns empfehlen. Wir sind überzeugt! Wir werden es künftig keinem Künstler mehr abnehmen, wenn er durch kluge Anpassung an einen persönlichen Geschmack sich reiche Aufträge „einhandelt“. Wir werden so auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens für Vorkämpfung Gegenleistungen erzielen.

Nur werden wir gleich aufs Ganze gehen und die Konsequenzen ziehen. Wozu die Umstände und Umwege? Wollow soll einfach einen Preistarif für Gefehvorlagen aufstellen. Der Centralverband der Schafsmacher hat 12 000 M. an die Zuschussvorlage gewandt. Auch wir werden uns nicht lumpen lassen. Wir sind bereit, für ein ordentliches Koalitionsgefetz die höchsten Preise zu bezahlen, und für die Befestigung der Zölle werden wir auch gern eine anständige Summe bewilligen. Auch sonst sind wir zu Gegendiensten gern bereit: die Socialdemokratie wird auf Wunsch und, wenn ihr der Handel etwas einträgt, auf ihr gesamtes Programm verzichten, sich in einen Kriegerverein verwandeln und warten, daß ihr die reifen Kompromißfrüchte — Orden, Titel und dergleichen — in den Schoß fallen. Schließlich sind wir auch bereit, die Monarchie selbst auszulassen.

Wir hoffen, uns dann endlich die Zufriedenheit der National-socialen zu erwerben, dieser einzigen Leute, die sich auf richtige Politik verstehen. —

Der schwedische Wahlrechtskampf.

Kann, daß die belgische Revisionbewegung ihr Ende erreicht hat, so schied sich die schwedische Arbeiterschaft zu energischem Kampfe um das allgemeine gleiche Wahlrecht an. Sogar die gleiche Waffe wendet man in Schweden an, wie in Belgien. Man hat den Generalfreil proklamiert, um durch eine derartige Demonstration einen Druck auf die Regierung und die Parlamentsmehrheit auszuüben. Darin freilich unterscheidet sich die schwedische Wahlrechtsbewegung, der besonderen politischen Situation und dem Charakter der schwedischen Arbeiterbewegung gemäß, von der belgischen, daß sie sich in aller Ruhe vollzieht, daß man in die Bewegung eintritt, ohne sich überspannten Illusionen hinzugeben und andwärts falsche Vorstellungen zu erwecken. Auch soll der Generalfreil einstweilen nur 2—3 Tage dauern, sowohl um sich selbst erst gewissermaßen durch eine Art Generalprobe von dem Funktionieren desselben zu überzeugen, als auch, um den privilegierten Klassen einen Vorgeschmack einer eventuellen späteren ernstlicheren Aktion zu geben. Ob nicht gerade trotz dieser nächsternen Vorsicht, mit der in Schweden die Truppen ins Feuer geführt werden, ein Erfolg erzielt wird, bleibt abzuwarten.

In der Hauptstadt scheint die Parole des allgemeinen Auslandes strikt befolgt worden zu sein. Ein Wolflisches Telegramm meldet aus Stockholm vom 15. Mai:

Die Seher beschlossen in einer Nachtversammlung den Anschlag an den allgemeinen Ausstand. Der Verkehr der Straßenbahnen, Droschken, Arbeitswagen und Dampfer ist seit heute früh eingestellt. In den hiesigen Fabriken und Werkstätten scheint die Arbeitsniederlegung vollständig zu sein.

Vom Mittwoch liegen noch folgende Nachrichten vor: In einer zahlreich besuchten Stockholmer Arbeiter-versammlung erklärte der socialistische Reichstags-Abgeordnete Franting, daß die Stimmung im Reichstage das Gepräge von Unsicherheit und Ratlosigkeit trage. Auf seine Frage, ob die Anwesenden sich an dem Ausstande beteiligen wollen, erhob sich ein lautes „Ja!“. Mehrere Redner forderten die Arbeiter zur Ruhe und Ordnung auf. — In Uppsala beschlossen die Arbeiter, die Arbeit auf 3 Tage einzustellen, auch die Bäder werden sich ihnen anschließen. — In Malinö erschienen von morgen ab während des Ausstandes keine Zeitungen, die Restaurationen und Cafés werden bis auf weiteres vollständig geschlossen: die Arbeiter der Werkstätten der Staatsbahn in Malinö schließen sich dem Ausstande an.

In Stockholm haben die Behörden angesichts des bevorstehenden Ausstandes die Absperzung einiger innerer Stadtteile für den Verkehr angeordnet. Ferner wurde dem Publikum der Aufenthalt unmittelbar an der Absperzungsgrenze untersagt.

Die bürgerliche Presse ist natürlich in heller Entrüstung darüber, daß die rote Internationale fortgesetzt in Thätigkeit ist und bald hier, bald dort die Ruhe der fatten Bourgeois stört. Namentlich

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechsgepaltene Kolonnetze oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungen 20 Pfg., „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Hochfesten bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Die „National-Zeitung“ geteilt entschließ, daß nun auch die schwedischen Genossen versuchen, durch „revolutionäre Demonstrationen“ die Staatsgewalt einzuschüchtern. Aber sie spendet sich dann selbst gutmütig den Trost, daß die Demonstration wirkungslos bleiben werde. Jeder dieser Versuche, die „Diktatur des Proletariats“ zu etablieren, müsse ja scheitern. Habe aber erst die internationale Arbeiterklasse eine Reihe solcher Niederlagen erlitten, so werde die „revolutionäre Phrase bankrott“ sein, habe doch schon jetzt unser Karlsruher Parteiblatt als Konsequenz des gescheiterten belgischen Wahlrechtskampfes gefordert: „Hinaus mit ihr aus dem Sprachschatz unserer Propaganda!“

Es thut uns leid, dem nationalliberalen Blatte seine Illusionen über die endlich beim doch eintretende Mauerung der Socialdemokratie zerstören zu müssen. Aber da wir in dem Auslande der schwedischen Arbeiterklasse absolut nichts „Revolutionäres“ und erst recht keine „Diktatur des Proletariats“ zu erblicken vermögen, so wird auch ein negativer Ausgang des Streites keinen dem revolutionären Charakter der Partei zuschreibenden Mißerfolg bedeuten können. Der „Generalstreik“, der gegenwärtig in Schweden als politische Waffe gebraucht wird, ist nichts als taktisches Experiment, das, mag es ausfallen wie es will, mit dem einzig Revolutionären des Socialismus, seiner Principienreinheit, auch nicht das allgeringste zu thun hat.

Nun verweist sich freilich die „National-Zeitung“ auf den Karlsruher „Volksfreund“, der aus der Anregung der belgischen Wahlrechtskampagne die Lehre gezogen habe, daß die „revolutionäre Phrase“ aus dem socialistischen Sprachschatz entfernt werden müsse. Diese Auffassung trifft auch entschieden zu — auf Belgien. In Schweden ist von der revolutionären Phrase bisher ebensowenig zu sprechen gewesen, wie in Deutschland. Allerdings hat unser Karlsruher Bruderorgan die wunderliche Ansicht ausgesprochen, daß ohne die „revolutionäre Phrase“ auch in Deutschland unser „Einfluß“ auf allen Gebieten weit größer sein werde. Mit dieser überaus rätselhaften Auffassung dürfte aber der Verfasser des betreffenden Artikels in Deutschland völlig vereinsamt, und damit auch die Hoffnung der „National-Zeitung“ auf die principielle Mauerung der socialdemokratischen Partei unerfüllt bleiben.

Deutsches Reich.

Die agrarische Zuckerversteuerung. Nachdem die Regierung sich bereit erklärt hat, gemäß dem agrarischen Vertriebsplan nach dem Sachverständigen über die Zuckerfrage zu vernehmen, rufen die Agrarier nun noch deutlicher mit ihren Obstruktionsplänen hervor. Sie befolgen dabei durchaus das Verfahren, das ihnen bei der Kanalvorlage so erfolgreich geblieben ist. Sie nehmen die Waage der Harmlosen an, die nichts weiter wollen, als eine gründliche Beratung. Diese Harmlosigkeit-Masche ist in diesem Falle nun so dreifach, als es sich nicht nur um eine Materie handelt, die völlig geklärt ist, sondern um eine internationale Konvention, für die es keinerlei Änderungen durch den Reichstag giebt, sondern nur Annahme oder Ablehnung. Die „Deutsche Tageszeitung“ aber schreibt wohlgenut:

„Das Ergebnis dieser Sachverständigen-Konferenzen wird festgelegt werden müssen, man wird sowohl seitens des Bundesrats als auch des Reichstages dazu Stellung nehmen müssen, und das alles läßt sich nicht übers Knie brechen. Dazu kommt, daß die Reichstagskommission beinahe noch andere Materialien, insbesondere die Vorlegung der Brüsseler Konferenz-Protokolle verlangt hat. Wird diesem Verlangen entsprochen, woran doch nicht zu zweifeln ist, so wird die Kommission kaum ihre Arbeit überhaufen können. Jeder, der die ganze Angelegenheit vorurteilslos und rein sachlich betrachtet, wird uns zustimmen müssen, wenn wir immer und immer wieder fordern, daß man die Erledigung der Zuckervorlagen bis zum Frühherbst vertage. Glaubt man, die Sache bezien zu müssen, und fürchtet man, daß der Reichstag, der sich im Herbst vorwiegend mit den Zollvorlagen befassen muß, zu wenig Zeit habe, so berufe man ihn dann einige Wochen früher ein; man wird dann sicher viel leichter ein beschlußfähiges Haus erzielen und zusammenhalten können als im Juni. Gegen diesen selbstverständlichen und innerlich begründeten Gedanken würde lediglich der Unfand sprechen, daß man gewonnen zu sein scheint, die Zuckervorlagen mit dem Brauntweinsteuer-Gesetz zu verknüpfen. Diese Verknüpfung hat aber keinen Sinn und kann durch nichts sachlich begründet werden. Sollte man uns wegen dieser Auslassungen wiederum der Verschleppungsabsicht zeihen, so läßt uns das ganz kalt.“

Die Herren Agrarier wollen also das ihnen wertvolle Brauntweinsteuer-Gesetz nach Pfingsten hurtig erledigt, dagegen die Zuckerfrage bis zum Herbst verschoben sehen. Wie man dann im Herbst weiter manövrieren wird, das wird sich später finden laut agrarischer Obstruktionsbefähigung. Daß diejenigen Parteien des Reichstages, welche das in der Kommission auf ganz neue Basis gestellte und erhebliche Veränderungen erfordernde Brauntweinsteuer-Gesetz nicht, aber das Knie gebrochen sehen wollen, andererseits aber eine baldige Klarstellung des Schicksals der Zuckerfrage für dringend nötig halten, dieses agrarische Spiel nicht ruhig gewähren lassen werden, erscheint uns außer Zweifel.

Leder-Industrie und Zollmehrheit. Der Verband thüringischer und sächsischer Lederfabrikation hat am 11. Mai 1902 in Pöhlitz zu den aktuellsten Beschlüssen betreffend Gerbrinde, Quebracho- und andres Gerbschlag Stellung genommen, folgende gefaßte Resolution angenommen und die Uebermittlung derselben an die Zolltarifkommission beschlossen:

„Die heute (am 11. Mai 1902) in Pöhlitz tagende Versammlung des Verbandes thüringischer und sächsischer Lederfabrikanten drückt ihre tiefste Entrüstung darüber aus, daß die Zolltarifkommission

- überhaupt keine Rücksicht auf Gerbstoffe, die unentbehrlichen Rohmaterialien der Lederfabrikation, beantragen konnte,
 - insbesondere keine Rücksicht auf Gerbstoffe in so unbilliger Höhe, in Höhe von 90—70—120 Proz. des Wertes beschließen konnte.
- Das sind keine Zölle mehr, das sind Einfuhrverbote.

Da in Deutschland Knapp ein Siebentel des von der deutschen Lederindustrie gebrauchten Gerbstoffes erzeugt wird, sechs Siebentel vom Auslande bezogen werden müssen, so wäre damit der Untergang der deutschen Lederindustrie besiegelt.

Um eine, im Fortschritt zurückgebliebene Schälwaid-Industrie mit einer Gesamtjahresproduktion von kaum 8 Millionen Mark zu unterstützen, richtet man die drittgrößte Industrie Deutschlands, mit einer Jahresproduktion von 450—500 Millionen Mark zu Grunde.

Die Majorität der Zolltarif-Kommission hätte einen vollständigeren Beweis von ihrer Unfähigkeit einer objektiven Beurteilung volkswirtschaftlicher Verhältnisse nicht liefern können.“

Es ist erfreulich, daß die Leder-Industriellen über die Gerbzoll-Beschlüsse aufgebracht sind. Gerade ihnen läßt sich freilich von der Ueberzoll-Mehrheit erwidern, daß sie selbst teilweise recht enragierte Schutzgüter sind. Gerade der Verband thüringischer und sächsischer Lederfabrikation hat beim Bundesrat z. B. um Erhöhung des Zolls auf ausländisches Unterleder, dessen Herabsetzung von 36

auf 20 M. der Entwurf vorschlägt, und auf Erhöhung des bestehenden Zolls von 26 M. auf Kernstücke von Häuten auf 40 M. getreten. Die Lederindustriellen hatten kein Wort dagegen gefunden, daß den deutschen Konsumenten und Arbeitern die Lebensmittel und die unentbehrlichen Bedarfsartikel künstlich durch Zölle verteuert werden. Es ist gut, daß beim Gerbezoll den schutzlosen Industriellen langsam die Erkenntnis darüber aufgeht, daß die deutsche Gesetzgebung nicht dazu dienen sollte unter dem Schlagschraube „Heimatpolitik“ die Haut der Deutschen zu geben.

Unparteiische Politik. Eine Gerichtsverhandlung, die am Dienstag in Breslau stattfand, bot eine drastische Illustration für die Art, wie von der „unparteiischen“, das heißt nach den Principien nachster Profitmaximierung geleiteten Presse Politik gemacht wird. Der Prozeß bewies gleichzeitig, welche Zumutungen von den Besitzern derartiger Annoncenplantagen an jene bedauernden Journallisten gestellt werden, die mit ihrer Arbeitskraft zugleich ihre Besinnung an ihren Exploiteure verkauft haben.

Es handelte sich um eine Klage, die der Verleger des Breslauer „Generalanzeigers“ gegen unser thüringisches Bruderorgan wegen „unlauteren Wettbewerbes“ angestrengt hatte. Der unlautere Wettbewerb sollte in der Aufhebung gewisser Geschäftsprivilegien bestanden haben, die sich der „Generalanzeiger“ hatte zu Schulden kommen lassen. In diesem Blatt war nämlich im Juni vorigen Jahres ein Leitartikel über die Zolltarifvorlage erschienen, in dem der „politische“ Redacteur des Blattes im agrarischen Sinne zu der Vorlage Stellung genommen hatte. Der Verleger hatte vor der Drucklegung noch einen Briefwechsel mit dem Redacteur des „Generalanzeigers“ geführt, in dem der Verleger dem Redacteur des „Generalanzeigers“ hatte die „Volksmacht“ Reminis von dem Vorfalle erhalten und die sonderbare Haltung des „unparteiischen“ Blattes gebührend geißelt, und zwar unter dem Gesichtspunkt, daß der Verleger des Blattes aus geschäftlichen Rücksichten auf das keineswegs agrarische Publikum der Stadt Breslau seinen Redacteur gezwungen habe, in jenem zweiten Artikel die Auffassung des ersten Artikels zu revidieren.

Da die Verweigerung die Möglichkeit der Angaben der „Volksmacht“ ergab, sprach das Gericht die „Volksmacht“ frei, ebenso jenen ehemaligen Redacteur des „Generalanzeigers“, gegen den vom Verleger desselben wegen Verrats eines Geschäftsgeheimnisses geklagt worden war.

Ein nettes, freilich keineswegs ungewöhnliches Bild des kapitalistischen Rechtstribunals: der Verleger, der aus geschäftlichen Rücksichten seinen Redacteur zur unbilligsten Fällung seines Urteils zwingt, und der Redacteur, der sich aus Furcht vor Entlassung bereit finden läßt, heute links zu schreiben, während er gestern rechts geschrieben hat.

Steuerhinterzieher. Der in Mührlitz festgestellte Eifer der Wohlhabenden in der Nichterfüllung ihrer Steuerpflicht wird auch in anderen Gebieten deutsch-kapitalistischer Eitelkeit geföhrt. So wird aus Pöhlitz berichtet: Daß das Geschlecht der Steuerbetrüger auch in dieser Gegend noch nicht ausgestorben, zeigt eine jüngst vor dem hiesigen Schöffengericht verhandelte Klage gegen einen vermögenden Lehrer. Derselbe war angeklagt, in 5 Fällen, die bis 1897 zurückreichen, trotz Warnung un wahr zu haben über sein verstecktes Vermögen gemacht resp. aufrecht erhalten zu haben. Mit Rücksicht darauf, daß der verhältnismäßig sehr wohlhabende Mann lediglich aus Geiz gehandelt hatte, verhängte das Gericht die höchste zulässige Strafe: den zehnfachen Betrag der hinterzogenen Steuer: 970 Mark oder 79 Tage Haft. Das Interessanteste aber an der Verhandlung war, daß der Anklagende nach als Jüngling fungierender Steuersekretär unter anderem fragte: „Ist Ihnen nicht bekannt, oder anders gesagt: Sind Sie nicht der Ueberzeugung, daß auch in unserm Kreise vielfach falsche Angaben über die Höhe des steuerbaren Einkommens gemacht werden?“ Hierauf entgegnete der Zeuge: „Unzählige Fälle; es werden vielfach falsche Angaben gemacht, aber ich weiß nicht, ob das wesentlich geschieht.“ Verleibiger Rechtsanwält Dr. Klemmer: „Handelt es sich dabei in erster Linie um die höheren Einkommen?“ — Zeuge: „Ja wohl; aber wir haben keine Handhabe, dahinter zu greifen.“

Aus dem bairischen Landtage. München, 13. Mai. (Fig. Ver.) Die Abgeordnetenversammlung erteilte in der heutigen Sitzung ihre Zustimmung der Reorganisation des Rentamtswesens. Bis her sind in Bayern die Rentamtsmänner noch immer ein Art von Steuerpächtern gewesen, die einen Prozentsatz der eingetribenen Steuern erhielten und davon das nötige Personal zu zahlen haben. Dieses steht also nicht im Staate, sondern im Privatbesitz des Steuerpächters und erhält bei einer unendlich langen Arbeitszeit eine miserable Bezahlung. Der Rentamtswesen hat auch persönlich die Verantwortung für die gesamte Kassenführung zu tragen. Infolgedessen muß er sich dieser in erster Linie widmen, wobei natürlich seine eigentliche Aufgabe, die Einschätzung der Steuerpflichtigen, arg vernachlässigt wird. Diesen mittelalterlichen Zuständen wird nun durch die Reorganisation endlich ein Ende gemacht. Dadurch wird es nun auch ermöglicht, die längst in Aussicht gestellte und dringend notwendige Steuerreform in Angriff zu nehmen. Als Gegner der Reorganisation und Anhänger des alten Rentensystems bekannte sich von allen Parteien des Hauses nur der Bauernbündler Dr. Gätzl. der im übrigen ein großes Magelred anstimmte über die — Dummheit der Bauern und das Wort ansprach: Der Agrarstaat geht flöten durch die Dummheit der Agrarier!

Die Erwidung eines bairischen Verkehrsministeriums scheint nun doch bald Thatsache werden zu sollen. Der Termin zur Uebernahme der jetzt in Privatbetrieb stehenden Eisenbahnen rückt immer näher heran und dieser Moment soll dazu benutzt werden, um die Verkehrsanstalten vom Ministerium des Reichens abzulösen und einem eignen Ministerium zu unterstellen. In der gestrigen Sitzung des Finanzsaals der Abgeordnetenversammlung stellte der Ministerpräsident die Bildung eines solchen Ministeriums in höhere Aussicht. Als zukünftiger Verkehrsminister wurde früher allgemein der jetzige Generaldirektor der Eisenbahnen, Geheimrat v. Rabale, angegeben; doch haben sich dessen Chancen inzwischen ganz erheblich verschlechtert. In eingeweihten Kreisen gilt jetzt ein sehr einflussreicher ultramontaner Reichsrat als aussichtsreicher Bewerber um das neuzuschaffende Portefeuille.

Wahlrechts-Reform in Bayern.

München, 13. Mai. Die Abgeordnetenversammlung beriet heute den Antrag auf Reform des Wahlrechts. Der Minister des Innern Freiherr v. Zellwies erklärte, die Regierung werde, nachdem der betreffende Ausschuss des Hauses einstimmig zu einem diesbezüglichen Kompromiß gekommen sei, einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen, wenn die Kammer der Abgeordneten und der Reichsrat dem Kompromiß beitreten. Die Staatsregierung sinne der Einführung des direkten Landtags-Wahlrechts unter den von dem Ausschusse vorgeschlagenen Skizzen zu.

Die „Frankfurter Zeitung“ beschäftigt sich in einem Artikel „Dem Revisionismus“ mit einer Auseinandersetzung zwischen der „Leipziger Volkszeitung“ und unserem Karlsruher Parteiblatt über die Lehren der belgischen Kämpfe. Da wir unsere Ansicht über diese Ereignisse zur Genüge ausgesprochen haben, so lag und liegt für uns kein

Konflikt vor, uns in die Polemik der beiden Parteiorgane zu mischen. Nur der „Frankf. Ztg.“ haben wir ein Wort zu sagen. Die „Leipz. Volksztg.“ hatte geschrieben: „Die deutsche Revolution lebt noch, und zwar nicht nur in der unvollständigen Umwälzung der Erwerbsverhältnisse.“ Die „Frankf. Ztg.“ fragt hierzu: „Gut, wo denn? Wo wird sie denn vorbereitet? Wenn das kein Wahnsinn ist...“ Der düstige Spott des Frankfurter Demofratendblattes beweist nichts als die beschränkte Beschränktheit seines politischen Gesichtskreises. Die deutsche Revolution lebt kraftvoller denn je in der deutschen Socialdemokratie, indem sie eine grundsätzliche Befreiung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung will und die Errichtung einer socialistischen Gesellschaft, in der es keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen giebt und in der alle Klassegegensätze ausgelöscht sind. Diese wahrhafte und unvergängliche deutsche Revolution hat freilich nichts gemein mit der von der „Frankf. Ztg.“ unterstellten „revolutionären Phrase“, die das Mittel der Gewalt, dessen Anwendung eine nur taktische Frage ist und abhängt nicht von der Socialdemokratie, sondern von deren Gegnern, mit den revolutionären Zielen der Socialdemokratie unklar verwechselt. Wenn aber andererseits die „Frankf. Ztg.“ auf Grund der Ausführungen des Karlsruher Blattes den Schluß zu ziehen vermeint, daß die Socialdemokratie auf dem Wege ist, sich auf die Reformen in den Kommunen, in der Reichsrepublik usw. zurückzuziehen, so bedeutet dieser Schluß eine vollständige Verkennung des Geistes der deutschen Arbeiterklasse, der ein revolutionärer ist und ein revolutionärer bleiben wird bis zur Erfüllung ihrer Ideale, für die freilich das Blatt des Herrn Somme-mann kein Verständnis haben kann, den einst Vamberger in dem Worte kennzeichnete: Mischung von Petroleum und Pomade. Die Socialdemokratie ist weder für Petroleum noch für Pomade, am wenigsten für eine Mischung aus beiden.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Neue Auflagen gegen Wolf. Der Abg. Schall hat R. S. Wolf in Linz bezichtigt, eine Beschäftigung verübt zu haben, ferner hat er Wolf die Behandlung der eignen Frau und Vergewaltigung zweier Mädchen zum Vorwurf gemacht.

Schweiz.

Die Raube der Demokraten in Zürich.

Zürich, 13. Mai. (Fig. Ver.) Die Züricher Demokraten (schließen ob ihrer anlässlich der letzten Kantonsratswahlen in Acherfeld erlittenen Niederlage, die ihnen furchtbar auf die Nerven gefallen ist, voller fustlicher Gedanken umher und brüten die schneidlichsten Raubpläne gegen die vertrockneten Socialdemokraten. Bereits haben sie in diesem schmachvollen Feldzug, worüber sich die reaktionären liberal-konservativen Sammelpolitiker von der socialistischen Feindschaft „N. Zür. Ztg.“ vernünftiger Hände reiben, den ersten „Erfolg“ erzielt. Mit unüberwindlicher Arroganz hatten die Demokraten von der socialdemokratischen Fraktion des Großen Stadtrates verlangt, ihrem Präsidenten, dem Genossen Heuser, das Vertrauen zu entziehen, weil sie, die Herren Demokraten, es gethan haben, und zwar darum, weil derselbe zu richtig und zu radikal ist und insbesondere bei den letzten Wahlen voll und ganz seine Pflicht gethan hat. Unfre Genossen lehnten das Ansuchen selbstverständlich ab und nun wählen die Herren an Stelle des Genossen Heuser einen der übrigen als Stimmzähler ins Bureau, worauf Genosse Lang ebenfalls seine Wiederwahl als Stimmzähler ablehnte. Eine ganz famose Situation. Die Bürgerlichen verächtlich die Klassen- und Parteigegegnisse in erfreulicher und anerkennenswerter Weise und bewirken so dadurch die weitere solideste Befestigung der socialdemokratischen Partei.

Die Gestaltung der Dinge in Zürich vollzieht sich auf diese Weise für uns ganz nach Wunsch.

Belgien.

Der Rücktritt des Ministers für Handel und Industrie Surmont Voldersche soll nahe bevorstehen. Surmont soll schon lange die Absicht gehabt haben, zu demissionieren, sei nur auf Wunsch seiner Kollegen geblieben; nach den Wahlen aber werde sein Rücktritt erfolgen. Man spricht davon, daß an seine Stelle der Abgeordnete Jelleputte berufen werde.

Italien.

Die Auswanderung aus Italien ist jahraus jahrein noch immer eine sehr starke, namentlich vermag der rein-agrarische Süden seine Kinder nicht zu ernähren. Die Zahl der Auswanderer, die im 1. Quartal 1902 über Genua, Neapel und Palermo Italien verließen, betrug 72 120; darunter befinden sich 8180 Kinder von unter 10 Jahren. Seit dem Bestehen des Auswanderungsgesetzes, September 1901, verließen 151 188 Italiener ihr Vaterland; die meisten derselben gehen nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Brasilien und Argentinien.

München. Nach Meldungen der Blätter aus Bari kam es in Polignano infolge von Lohnfreiheit zu Ausschreitungen. Mehrere tausend Menschen durchzogen die Straßen, steckten einige Petrolbündeln in Brand und rotteten sich dann vor dem Stadthaus an. Als die Menge in das Haus eindringen wollte, versuchte die Gendarmerie sie zurückzudrängen; es kam zu einem Zusammenstoß mit der Gendarmerie, die von der Waffe Gebrauch machte. Sieben Gendarmen und eine Frau wurden verwundet, ungefähr 40 Personen wurden verhaftet. Der Gendarmerie gelang es, die Ruhe wieder herzustellen.

England.

Gewerkschaftsrecht und Parlament.

London, 13. Mai. (Fig. Ver.) In seiner Nachsitzung vom 14. d. Mts. wird sich das Unterhaus mit dem vielbesprochenen Laffthal-Entschelde zu beschäftigen haben. Dieses Urteil vom 26. Juli 1901 von den Lordrichtern gefällt. Anfang Februar 1902 wurde die Regierung von dem radikalen Abgeordneten Sir Charles Dille ersucht, eine Zeit festzusetzen für die Diskussion dieses Urteils. Dieser Wunsch wird morgen abends erfüllt werden. Mr. Beaumont, der liberale Vertreter von Northumberland, wird den formellen Antrag stellen, das Haus möge in die Diskussion des Laffthal-Entscheldes eintreten. In Anbetracht der Wichtigkeit des Gegenstandes wurden die treifigen Abgeordneten von ihrem Führer Mr. Redmond aufgefordert, vollständig zu erscheinen und Beaumonts Antrag zu unterstützen. Die von Lord Koberg zum zweitemal eingebrachte Bill betreffend frühzeitigen Labenschlag wurde ohne Diskussion vom Hause der Lords verworfen.

Rußland.

Ein schwarzes Kabinett ist, wie uns gemeldet wird, durch einen geheimen Akt eingeleitet worden. Das heißt, daß von nun an die ganze Briefpost durch die Hände der Polizeibeamten wandert, während bisher die Briefe nur teilweise geöffnet worden waren.

Einem Geheimrat gegen die revolutionäre Propaganda veröffentlichte der Admiral der Schwarzmeer-Flotte.

Zu dem vom 19. April datierten Erlaß heißt es: „Das russische Reich besteht nicht seit gestern; so leicht kann man es nicht umbauen, es ist zu stark, um derartigen Aufruhr, Unordnung und Eigenwillen dulden zu müssen, die von unerbundenen Wohlthätern — ich nenne Aufrührern — geübt werden.“

So lange das russische Volk treu bleibt Gott dem Herrn in der rechtgläubigen Kirche, so lange es wie bisher hat seinen Zaren, den Herrn, und gehorcht den von

ihm bestellten Behörden, so lange bleibt das russische Reich stark wie bisher, mächtig in seiner Einigkeit, der kein Feind schrecklich ist.

Die äußeren Feinde Russlands schummern nicht, sie verwirren den Verstand der Leute durch allerlei geschwätzige Blätter und andre schändliche Werke, mit Hilfe untreuer Berichter Mitberüger verbreiten und geradezu zum Ansehen gegen die Staatsordnung hehend, indem sie Freiheit versprechen, aber was für eine? Die Freiheit der Presse, des Selbstwillens, des Vergessens auch gegen die Behörden.

Dah sich der Jar mit der Republik Frankreich, in der doch die Freiheit der Presse herrscht, verbündet hat, muß doch die Parolenmännchen einigermaßen in Estimmen setzen. — Das Traktat wird jedoch, jedenfalls, daß man die revolutionäre Propaganda fürchtet.

Der Boeren-Krieg.

Die Versammlung in Vereeniging.

Aus allen Teilen des Landes treffen Bevollmächtigte ein, die nach Vereeniging unterwegs sind. Am Freitag früh werden sämtliche versammelt sein. Man hofft, daß die erste Konferenz morgen stattfinden kann.

Der Korrespondent des „Nederlandschen Bureau“ in Pretoria telegraphisch unter Hinweis auf das heutige Meeting in Vereeniging, daß, so viel sich aus den bisherigen Verhandlungen zwischen den Boerenführern und Burgers in der Sache ermitteln läßt, nichts haltbar gefunden habe, was auf eine baldige Einstellung der Feindseligkeiten hinderte. Die beste Friedensgarantie liege noch immer in energischer Fortsetzung des Krieges. Das britische Publikum solle sich nicht zu sehr darauf verlassen, daß die gegenwärtigen Beratungen einen baldigen Frieden bedeuteten.

Aus Mittelburg wird berichtet, daß am 9. Mai die Boeren in ziemlich großer Anzahl eine englische Patrouille in dem Distrikte von Mittelburg angegriffen haben. Fünf Engländer, darunter ein Hauptmann, wurden getötet, zwei verwundet.

Aus Industrie und Handel.

Generalversammlung der Aktionäre der Hannoverschen Straßenbahn. In der heutigen Generalversammlung, an der etwa 400 bis 500 Aktionäre teilnahmen, kam es zu äußerst heftigen Auseinandersetzungen. Namens der Revisionskommission, die den Antrag auf Einlösung eines Rechtsanspruches über die Frage gestellt hat, ob von der Gesellschaft Schadenersatz gegen Vorstand und Aufsichtsrat geltend gemacht werden könnten, ergriff zunächst Scheinerr Regierungsrat Lindow das Wort. Er erklärte, daß der Vorstand sowohl bei der Führung der Aktien als bei der Aufstellung der Jahresbilanz die Geschäftsverhältnisse verhehelt habe; besonders habe Direktor Ströger die Gesellschaft durch Unredlichkeiten geschädigt. (Auf: Hört! hört!) Redner empfiehlt zunächst eine Prinzipienfrage zu erheben. — Bankier Damann bezieht die zu hohe Belastung des Bankkonto auf 1128 264 M. — Justizrat Kemper verteidigt den Aufsichtsrat. Unregelmäßigkeiten seien, meint er, sicherlich vorgekommen, aber eine Regrechenschaft bestreite nicht; und selbst wenn sie als zu Recht bestehend anerkannt würde, würden die Aktionäre davon mehr Rechte als Vorteil haben, denn es wären dann die 24 Millionen Aktien nicht zum Handel an der Börse zugelassen worden. Er ermahnt zu einem gelassen Vorgehen, da nur so die Sanierung des Unternehmens gefördert werden könne. — Bankier Damann fragt die Aufsichtsräte, ob sie nicht aus eigenen Stücken irgend welche Entschädigung leisten wollten. Sie richteten sich ja selbst, wenn sie sich weigerten, die ordentlichen Gerichte entscheiden zu lassen. (Schluß des Berichtes schließt.)

Das Schiedsgericht zur Entscheidung des Streites zwischen der Stadt Hannover und der Straßenbahn-Gesellschaft, bestehend aus dem Oberbürgermeister Dr. Giese-Altona und dem Direktor der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft a. D. Köhler, hat gestern alle Ansprüche der Straßenbahn-Gesellschaft abgewiesen. Die vertragsmäßige Sonderabgabe sei von der gesamten Verkehrs-Einnahme des ganzen Unternehmens der Straßenbahn, sowohl im Personen- wie im Güterverkehr und von allen in der Stadt und außerhalb derselben betriebenen Linien zu erheben.

Ausdehnung des Eisenbahnsystems. Die Wolffs Bureau berichtet, haben die Louisville and Nashville Railway und die Southern Railway die Chicago, Indianapolis und Louisville Railway angekauft. Nach der „New York Times“ haben die erstgenannten Bahnen damit den Rest und die völlige Beherrschung eines unabhängigen Zuganges nach Chicago erworben. (Die Louisville and Nashville Eisenbahn steht unter Kontrolle des Morgan-Syndikats.)

Roheisenproduktion des Uralsgebietes. Nach den kürzlich von dem Kongress der Montan-Industriellen des Uralsgebietes gesammelten Daten stellte sich die Roheisenproduktion in den letzten drei Jahren, wie folgt: Im Jahre 1899 lieferten 129 Hochofen in 37 749 Arbeitstagen 45 000 837 Pud (1 Pud gleich 16,36 Kilogramm), durchschnittlich also 1190 Pud Roheisen pro Tag; in dem darauffolgenden Jahre ergaben 134 Hochofen in 39 414 Arbeitstagen 49 873 200 Pud, d. h. im Durchschnitt 1290 Pud pro Tag, und im Jahre 1901 produzierten 127 Hochofen in 38 008 Arbeitstagen 48 745 775 Pud Roheisen, mithin durchschnittlich 1280 Pud pro Tag. Hiernach hat sich die Roheisenproduktion des Urals, die im Jahre 1900 eine beträchtliche Zunahme aufwies, im Jahre 1901 gegen das Vorjahr um 1 127 515 Pud oder um 2,2 Proz. vermindert.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

19. Sitzung vom Donnerstag, den 15. Mai 1902, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung gegen 1/20 Uhr. Eingegangen ist folgender dringlicher Antrag Langerhans, unterstützt von den Stadtv. Cassel, Rommjen, Rosenow und Singer:

Die Versammlung beschließt, für die durch die vulkanischen Ausbrüche und Erdbeben auf den Antillen in Not geratenen Personen eine Summe von 40 000 M. aus dem Fonds für unvorhergesehene Ausgaben zu bewilligen, und ersucht den Magistrat, diesem Beschlusse beizutreten und denselben zur Ausführung zu bringen.

Auf Vorschlag des Vorsitzers wird die Verhandlung dieses Gegenstandes vorweggenommen. Der Vorsitzende bemerkt zur Begründung, daß wohl die ganze Versammlung bereit sein werde, sich dem Antrage anzuschließen; es werde ja damit eine wesentliche Milderung der Not, welche unsere Mitbürger auf den Antillen betroffen, nicht herbeigeführt werden, aber man werde, wenn die Stadt mit einem derartigen guten Beispiele vorangehe und so ein wirklich praktisches Zeichen der Teilnahme gebe, die Opferwilligkeit unserer Mitbürger, so weit sie größere Summen zur Verfügung haben, anregen, damit sie sich den bereits veröffentlichten Ansuchen anschließen und sich an den eingeleiteten Sammlungen um so reichlicher beteiligen. (Beifall.)

Stadtv. Wischewitz beantragt, gemäß den Beschlüssen der Antillen niederzulegen, der sofort vom Vorstande zu ernennen sei und noch in heutiger Sitzung Bericht zu erstatten habe.

Auf Vorschlag des Vorsitzers wird der Ausschuss aus den fünf Antragstellern gebildet, wobei für den verhinderten Stadtv. Singer Stadtv. Borgmann eintritt.

In die Waisenverwaltung wählt die Versammlung an Stelle des Stadtv. Dr. Frudenberg auf Vorschlag von Bruns den Stadtv. Dr. Bernstein.

Eine Reihe von Rechnungen wird gemäß den Anträgen des

Rechnungsausschusses, für welchen als Referent Stadtv. Wasner (Soc.) fungiert, bedargiert.

Zwischen der Aktiengesellschaft Neu-Velleue und den Vertretern der städtischen Behörden bezüg. den Bauantrag des für die Angelegenheit von der Versammlung eingesetzten Ausschusses ist nach langwierigen Verhandlungen endlich eine Vereinbarung über die Bedingungen zu Stande gekommen, unter denen die Erschließung des Geländes der ehemaligen Moabiter Vorstadt und des Vorlagers Dampfhammerwerkes zwischen Stromstraße, Al-Moabit, Straße Nr. 20, Ledebowstraße und Spree erfolgen soll. Zur unentgeltlichen Vergabe des Terrains für eine Gemeindefürsorge hat man die Gesellschaft, an deren Spitze der ehemalige Stadtverordnete Wied steht, nicht bewegen können. Es soll ein Grundstück für die Erbauung eines Gymnasiums und einer Gemeinde-Doppelschule, circa 9104 Quadratmeter mit 95 Meter Straßenfront, zum Preise von 80 Mark pro Quadratmeter, abgetreten werden; als Gegenleistung genehmigt die Stadt die Anlage der Uferstraße 34b zwischen Stromstraße und Ledebowstraße, der Straße 30, der Straße Al-Moabit zwischen Moabiterstraße und Thuesenstraße, der Straße 30A, 30B, 30C und 30D, sowie einer Fußgängerbrücke im Zuge der Flensburgerstraße nach dem Entwurf des Stadtbaurats Krause. Alle diese Stücke hat die Gesellschaft auf eigene Kosten unter Aufsicht des Magistrats auszuführen.

Stadtv. Borgmann (Soc.): Die Vorlage ist allerdings durch den Ausschuss wesentlich verbessert worden. Es ist dem Ausschuss gelungen, günstigere Bedingungen herauszuarbeiten, aber ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, daß trotzdem die Stadt für das Terrain einen zu hohen Preis bezahlen muß. Ein Teil des Ausschusses hatte beantragt, für das zum Gymnasium bestimmte Terrain allerdings 80 M. pro Quadratmeter zu bezahlen, aber den Platz für die Gemeindefürsorge kostenfrei zu verlangen. Es wäre doch gut, die Gelegenheit zu ergreifen und prinzipiell zur gerichtlichen Entscheidung zu bringen, ob die Stadt zu solcher Forderung verpflichtet sei, wie von dem andern Teil des Ausschusses bestritten wurde. Es ist auch hier seitens der Schulverwaltung wieder einmal veräußert worden, das Nützlich für die Befriedigung des Bedürfnisses an Schulbauten vorzuziehen. Zuerst hat die Schulverwaltung überhaupt nicht das Bedürfnis anerkannt; als der Ausschuss sich aber neuerdings erkundigte, erklärte der Schulrat, es bestünde in diesem Gebiet eine Schulnot. (Hört! hört!) Der zu zahlende Preis soll unter dem Selbstkostenpreis der Gesellschaft sich befinden. Das mag richtig sein; aber wie der Bodemonarch in Berlin betrieben wird, kann man an diesem Beispiel sehr deutlich sehen. Herr Vorkis bezieht das Terrain, er gründete eine Aktiengesellschaft, die wieder Herr Vorkis selbst ist, und verkaufte ihr die Fläche im gemein teuer, so daß dann die Preise herabkommen, welche abberlangt werden. Ich beantrage demnach, das Terrain für die Gemeindefürsorge kostenfrei von der Gesellschaft zu verlangen. Damit würden wir der spekulativen, wucherischen Steigerung der Bodenpreise einen Damm entgegenzusetzen und auch den Preis der Wohnungsmieten herunterschieben, wenn wir dieses Verfahren allgemein beobachten. (Beifall.)

Stadtv. Wallach (A. L.): Die Ansichten des Antragstellers stehen im Widerspruch mit meinen eigenen, früher geäußerten und den von seiner Fraktion vertretenen. Er spricht auch heute wieder vom Bodemonarch, bedenkt dabei aber gar nicht, daß seine Forderung, diese Schulgrundstücke umsonst zu geben, erst recht den Preis des Bodens in die Höhe zu treiben geeignet ist. Da würden Sie doch den Wucher treiben und nicht wir. Sollten die Gesellschaften alle Kosten für Erschließung des Terrains tragen, so müßten sie auch die Kosten für die städtischen Beamten tragen, die durch solche Anlagen neu erforderlich werden. Die Gesellschaft ist nicht Vorkis selbst, sondern auch Vorkis und der Fiskus kommt hier mit in Betracht. Der Preis ist nicht zu teuer, er ist angemessen nach jedes Sachverständigen Urteil, sogar sehr billig. Der Ausschuss hat der Stadt ca. 1/2 Million eingebracht gegenüber dem Antrage des Magistrats, und wenn das jeder Ausschuss einbringt, dann können wir doch zufrieden sein. (Heiterkeit.)

Stadtv. Borgmann: Die letzte Schlussfolgerung scheint mir doch nicht zu stimmen, denn die betreffenden Gesellschaften brauchen ja nur recht ansichweisende Forderungen zu stellen und dann etwas abzulassen, damit der Wucher entsteht, als ob für die Stadt erhebliche Vorteile eingehandelt würden. Ich habe es als Bodemonarch bezeichnet, wenn sich jemand von einer von ihm gebildeten Aktiengesellschaft für sein Terrain 650 M. zahlen läßt. Es ist auch im Ausschuss ausgesprochen worden, daß die Sache an sich eigentlich weiter nichts als eine Schiedung sei; ich habe auch persönlich diesen Eindruck. (Vorsitzer Dr. Langerhans: Sie meinen damit doch nicht Mitglieder des Ausschusses?) Ich habe natürlich dem Ausschuss diesen Vorwurf nicht machen wollen, ich habe selbst der Subkommission angehört. Wenn unsere Forderungen den Preis des Grund und Bodens in die Höhe treiben, dann wollen wir doch auch die Regulierung der Straßen übernehmen, dann würde das Terrain ja noch viel billiger werden. So ist die Sache also nicht. Nehmen Sie meinen Antrag an, die Stadtgemeinde kommt dann mehr zu ihrem Recht, als es nach dem Ausschussantrag geschieht.

Stadtv. Rosenow (A. L.) tritt für den Ausschuss ein, der gute Arbeit geleistet habe. Die Gesellschaft könne dabei nicht gar zu schlecht weg, aber auch die Stadt könne sich diese Bedingungen gefallen lassen.

Stadtv. Haberland (A. L.): Das Grundstück für das Gymnasium hat einen Wert von etwa 100 M. pro Quadratmeter. Bei einem Preise von 80 M. würden wir in der That die Gemeindefürsorge ganz kostenfrei bekommen, wir zahlen also in Wirklichkeit nur eine ganze Kleinigkeit. Man darf man das Seil nicht spannen.

Die Ausschussanträge werden nach Ablehnung des Antrags Borgmann angenommen.

Die Hilfsaktion.

Die aus Anlaß des Wollendurchs und Unwetters vom 14. April eingebrachten Anträge Rosenow und Augustin haben zu ausgedehnten Verhandlungen und Ermittelungen in dem niedergesetzten Ausschusse geführt. Es sollte von der Stadt wegen für diejenigen Geschädigten eingeschritten werden, die durch jene elementaren Unfälle in eine Notlage geraten sind. Von einer umfassenden öffentlichen Hilfsaktion hat man absehen zu können geglaubt und die entsprechenden Anträge abgelehnt. Zur Annahme gekommen sind etwa 300 000 M. erlittene Schädigungen beziehungsweise Verluste. Beigesteuert haben die Grundbesitzervereine 6500 M., Präsident Krüger von Transvaal 500 M., Private 415 M. Der Ausschuss schlägt folgendes zu beschließen vor:

I. Die Versammlung geht von dem Grundsatz aus, daß die dem Magistrat zur Verfügung gestellte Summe nicht als Schadensersatzleistung gelten, sondern als Beihilfe denen gezahlt werden soll, die durch diese Beihilfe in ihrer Existenz aufrecht erhalten werden.

II. Die Versammlung stellt dem Magistrat einen Betrag bis zur Höhe von 60 000 M. zur Verfügung, um den Geschädigten Beihilfe leisten zu können.

III. Die Versammlung überweist dem Magistrat die eingegangenen gepflanzten Gesuche zur entsprechenden Berücksichtigung und weiteren Veranlassung.

Die Versammlung nimmt diese Anträge ohne Debatte an. Nachdem die Versammlung abgelehnt hat, den

Druck der städtischen Druckereien

an die Firma Vaska zu vergeben, hat eine neue Ausschreibung stattgefunden, in welcher der bisherige Unternehmer, die Firma B. und S. Löwenthal, das „preiswürdigste und annehmbarste“ Gebot von 46 218 (bisher 41 206) M. jährlich abgegeben hat. Die übrigen 6 Offerten schwanken zwischen 49 500 und 60 000 M. Der Magistrat beantragt, der Firma auf weitere 3 Jahre die Arbeit zu übertragen; die Versammlung tritt dem Antrage ohne Debatte bei. Den vom Magistrat 1899 vorgeschlagenen

Neubau der Eisernen Brücke

hatte die Versammlung abgelehnt, weil sie zuvor Sicherheit darüber erlangen wollte, daß die Straßenbahn-Gesellschaft vor dem Finanzministerium „Hinter dem Viehhaute“, die seiner Zeit nur widerwillig gestattet worden sind, dauernd dort verbleiben. Der Minister der öffentlichen Arbeiten will seinerseits erst den Brücken-Neubau sicherstellen sehen, ehe er der Frage näher treten kann, ob die allerbüchste Genehmigung zur dauernden Verlassung der Geleise zu erteilen sein möchte. Der Magistrat legt nun einen neuen, monumentaleren, 664 000 M. Kosten erfordernden Entwurf zur Beschlußnahme vor, der eventuell zur Ausführung kommen soll.

Die Stadtv. Dinsie und Haberland befristeten Ausschussberatung; beide weisen darauf hin, daß sich seit 1899 nichts geändert hat, daß insbesondere die verlangte Sicherheit für das Verbleiben der Straßenbahngeleise noch immer nicht gegeben sei.

Stadtv. Bruns (Soc.): Aus diesen Gründen sind wir für die Ablehnung der Vorlage. Der Magistrat will durch seine Vorlage dem Ziele der Versammlung näher kommen. Da hätte er uns doch erst fragen müssen, ob wir den alten Standpunkt aufgeben und dem veränderten Projekt zustimmen wollen. Die von uns geforderte Erklärung der Behörde ist doch nicht eingegangen. Die große Fraktion hat sich seiner Zeit auch gegen den Neubau erklärt, wir stehen noch heute auf dem Boden der damaligen Entscheidungen des Stadtv. Hugo Sachs.

Stadtv. Rommjen (Fr. Fr.) sieht gar keine Gefahr in der Annahme der Magistratsvorlage, da es sich ja bloß um die Beschließung über den Entwurf und noch keineswegs um die Ausführung desselben handele.

Stadtv. Hugo Sachs: Wir haben bisher aus Mißtrauen unsern ablehnenden Standpunkt festgehalten. Durch die Vorlage des Magistrats ist dieses Mißtrauen keineswegs geschwunden, wir fürchten, daß wir, wenn wir auf diesen Boden treten, die Geladen sein werden.

Baurat Gottscheiner: Auf dem bisherigen Wege kommen wir nicht weiter, da der Minister eine allerbüchste Entscheidung erst erwidern will, wenn ein bestimmtes Bauprojekt zur Ausführung genehmigt ist.

Stadtv. Borgmann: Wenn Sie die Vorlage nicht gütlich ablehnen, werden wir natürlich auch in den Ausschuss gehen. Seitdem die Versammlung im Jahre 1897 die Vorlage ablehnte, hat sich nicht ein Atom in der Situation geändert. Nach dem Vorkant der früheren Annahmen kam die Straßenbahn-Gesellschaft gezwungen werden, die Geleise sofort nach Vollendung des Neubaus der Eisernen Brücke zu entfernen. (Hört! hört!) Wollen Sie die Geleise erhalten, dann ist das nur auf dem Wege möglich, daß und die betreffende Versicherung vor dem Neubau der Brücke gegeben wird.

Baurat Gottscheiner: Wir wollen alle das selbe, auch der Magistrat will zur Ausführung des Neubaus erst schreiten, wenn die dauernde Verbleibung der Geleise uns zugesichert ist. Die Vorlage geht an einen Ausschuss.

Der Bebauungsplan

der Abteilungen XII und XIII zwischen Ringbahn und dem Reichsbahnhof soll mit Rücksicht auf die inzwischen erfolgte Bebauung von Pankow, Neu-Weißensee und Lichtenberg entsprechend modifiziert werden.

Stadtv. Hugo Sachs beantragt die projektierte Breite von 56 Meter für die große Ringstraße als viel zu übermäßig und will höchstens 30 Meter Breite zuerlassen.

Stadtv. Baurat Prof. Cremer (A. L.) tritt ihm unter dem Vorbehalt der großen Mehrheit entgegen.

Stadtv. Borgmann: Herr H. Sachs scheint doch noch nie in den Augenblicken gewesen zu sein, sonst hätte er zu solchen Ausführungen nicht kommen können. Für gewisse Leute hört ja freilich Berlin nördlich schon an der Spree auf. Die Aenderung des Bebauungsplans ist mit Rücksicht auf die Ausführung des Radialsystems XI dringend notwendig. Wie konnten aber die Vororte selbständige Bebauungspläne aufstellen, ohne daß Berlin davon Kenntnis nahm? Ich fürchte, daß nimmere der Stadt ungezählte Millionen entgehen werden, die sie sonst vereinbart hätte, wenn sie den Anträgen der Abteilungen und Gesellschaften auf Aenderung des den veränderten Verhältnissen nicht mehr entsprechenden Bebauungsplanes von 1893 entsprechen soll. Diese Vorteile gehen verloren, wenn der Plan in dem vorgeschlagenen Umfang von Grund aus geändert wird.

Baurat Gottscheiner: Der Arbeitsminister hat uns seit Jahren angehalten zu möglicher Aufstellung der Bauquartiere. Wir wehren uns dagegen noch heute und haben gerade deshalb gemeint, die Bauquartiere so groß zu lassen, daß es den Großgrundbesitzern überlassen bleibt, Zwischenstraßen einzuschalten. Dann müssen wir die Herren kommen und wir haben Gelegenheit, die Bedingungen zu stellen, welche der Vorkredner angedeutet hat.

Nach einer weiteren Debatte zieht Stadtv. H. Sachs seinen Antrag zurück. Die Vorlage wird angenommen.

Darauf berichtet Stadtv. Langerhans über die Verhandlungen des Ausschusses wegen Bewilligung von 40 000 M. für die auf den Antillen Geschädigten. Der Ausschuss hat einstimmig für den Antrag votiert. Die Versammlung tritt ihm einstimmig bei.

Freilegung der Christianstraße

von Prinzen-Allee bis zur Kolonnenstraße soll das erforderliche Terrain teils freihändig, teils im Wege der Enteignung erworben werden. Das Grundstück des Seemanns Christian Enkman ist für 124 975 M. feil; von dem Grundstück des Fabrikbesizers Paulent werden 3844 Quadratmeter a 30 M. = 115 320 M. gebraucht. Von dem zu enteignenden Terrain gehört ein dem Wehregardenermeister Röhlig, ein anderes der Aktiengesellschaft Kappler, beim dritten ist das Eigentumsrecht an einer 1000 Quadratmeter großen Fläche streitig, der Betrag soll eventuell gerichtlich deponiert werden.

Die Zustimmung der Versammlung wird ohne Debatte erteilt. Zur Vorlage wegen

Herstellung einer Kühlanlage

für die Koch- und Sterilisationsanstalt auf dem Schlachthofe, welche nimmere in städtische Verwaltung genommen werden soll, bemerkt der Magistrat, daß der Wunsch der Versammlung, die polizeilich beschlagnahmten Schlachtvieh und Teile derselben nicht mehr der Abdeckerei zu übergeben, sondern auf dem Schlachthofe sofort verbrennen zu lassen, nicht erfüllbar gewesen ist, weil die Genehmigung zu einer entsprechenden Anlage vom Minister für Handel und Gewerbe nicht erteilt worden ist. Der Magistrat sieht auch keinen Anlaß, den Plan schon jetzt wieder aufzugeben.

Auf Antrag des Stadtv. Gericke, der die Wichtigkeit einer solchen Anlage zur technischen Verarbeitung des beanspruchten Fleisches nochmals betont, wird beschloffen, zu erklären, daß die Versammlung in diesem Punkte die Aufgabe der gemischten Deputation nicht für erledigt hält, im übrigen die Vorlage angenommen.

Das Ordisstatut für das Gewerbegericht

soll gemäß den neuen Bestimmungen der Gewerbegerichtsgesetz-Novelle vom 30. Juni 1901 umgearbeitet werden. Von der Einführung der Proportionalwahl ist Abstand genommen, dagegen sind einige Vereinfachungen und Verbesserungen des Wahlverfahrens vorgeschlagen.

Vom Stadtv. Hugo Sachs sind vier Änderungsanträge eingebracht; von anderer Seite wird insbesondere Vertagung der Beratung beantragt und gegen den Widerspruch Stadtv. Gericke, der geltend macht, daß das abgeänderte Statut schon bis zum 1. Januar 1902 hätte erledigt sein müssen, auch beschloffen. Die Vorlage kann somit erst nach zwei Wochen zur Erörterung kommen, da in der Woche nach dem Pfingstfest die Sitzung ausfallen soll. Schluß nach 8 Uhr.

Die Vulkan-Ausbrüche.

Die Katastrophen auf den kleinen Antillen scheinen noch lange nicht ihr Ende erreicht zu haben; vielmehr scheint es, als ob das

Zerschlagungswerk der Natur noch an Furchtbarkeit zunimmt. Vor allem ist jetzt die Insel Jamaica bedroht.

Die Zerstörung von St. Vincent und der Hauptstadt Kingston ist, wie über New York berichtet wird, nach allgemeiner Ansicht nur eine Frage von Stunden. Furchterliche Explosionen folgten sich von Sekunde zu Sekunde und ein fortwährender Donner wird hörbar. Dichte Wolken und kolossale Mengen von Aschenreihen speit der Vulkan noch aus. In Kingston haben sich die Bewohner in die Keller geflüchtet, wo sie Hilfe erwarten. Dichte, schwarze Wolken lagern über den Inseln und erstrecken sich teilweise noch auf das Meer hinaus. Brennende Steine und Asche verhindern die Dampfer, sich dem Lande zu nähern. Zwischen St. Vincent und der nahe gelegenen Insel St. Lucia ist das Meer von dichtem Aschenschutt bedeckt. Auf große Entfernungen sieht man ganze von Lavaflecken gebildete Inseln. Außerdem wird noch berichtet, daß ein schwerer Cyclon sich den Antillen nähert.

Von St. Vincent telephonierte der Gouverneur am Dienstag, den 13. Mai, nach Dominica: In Ranch — von wo ich eben Bericht erhalte — sind 80 Einwohner getötet; in Ovia 200 Tote; die Kakoreien und Plantagen von Turema, Orange Hill und Lot, im ganzen vierzehn, sind zerstört und alles Vieh wurde getötet. Viele Leute sind durch Steine und glühende Asche verwundet.

Zur Lage auf Martinique wird aus St. Lucia gemeldet: Die Zahl der bereits hier eingetroffenen Flüchtlinge aus Martinique und besonders aus St. Pierre reduziert die ursprüngliche Verlustziffer bei der Katastrophe von St. Pierre bedeutend, namentlich bezüglich der in St. Pierre befindlichen Weißen. Es scheint jetzt, daß ein großer Teil der letzteren die Stadt vor der Zerstörung bereits verließ. Fort de France meldet, daß dort bereits gleichfalls 450 Flüchtlinge eingetroffen seien, und mehrere Tausende sollen nach übereinstimmenden Meldungen auf dem flachen Lande, wohin sie vor der Katastrophe geflüchtet, unheimlich sein.

Aus Fort de France hat der Kommandant des deutschen Kriegsschiffes „Falke“ folgendes Telegramm nach Berlin gefandt: Bewohner von St. Pierre sämtlich tot. Gouverneur von Martinique ebenfalls. 200 verwundet. 8000 Personen der Umgebung sind durch den „Suchet“ und das dänische Kriegsschiff „Baltixien“ hierher gebracht worden. Habe Proviant und Verbandmittel übergeben.

Paris, 15. Mai. Aus Fort de France wird berichtet: Die Minen von St. Pierre werden militärisch bewacht, aus Furcht vor den Piraten. Der Gesundheitsrat hat beschlossen, die Verödigung des nördlichen Teils der Insel auf die verschiedenen Distrikte des Südens zu verteilen und ihnen Lebensmittel zu verabreichen. Der Vulkan Pelée läßt immer noch ein unheimliches Getöse vernehmen. Der Anblick des Vulkans ist beunruhigend; auf der Spitze von Vesper-Pointe erkennt man deutlich drei leuchtende Punkte. Man nimmt an, daß dieselben drei neue Krater sind, die sich geöffnet haben. Der Hauptkrater ist noch immer in Tätigkeit. Zahlreiche Ueberlebende, welche versucht, sich auf Booten nach der nahe gelegenen Insel Dominica zu flüchten, sind ertrunken. Aus sämtlichen benachbarten Inseln treffen Hilfskräfte ein.

Jetzt ist es auch gelungen, die verwüsteten Gebiete der Insel Martinique und insbesondere die Stadt St. Pierre zu betreten. Ueber die grausigen Bilder, welche sich den Eindringenden darbieten, entnehmen wir einen Bericht der „Frankf. Ztg.“:

Der von der amerikanischen „Associated Press“ in Guadeloupe gecharterte Dampfer kam am Sonntag früh um 6.40 vor Martinique an. Die Insel war hinter einem Schleier von violettem und bleifarbigem Dunst verborgen. Der Dampfer stieß auf gewaltige Mengen Bratdrücker, auf Trümmer von Häusern, auf schwimmende große Bäume und Leichen. Schwere von Seemöven flatterten darüber und Haifische kämpften im Wasser um die Beute. Von jenseits des vulkanischen Schleiers her kamen heiße Windstöße untermischt mit eisernen. Bei Le Procheur, fünf Meilen nördlich von St. Pierre, stieß der Dampfer auf Canoes voll Männer und Frauen, die um jeden Preis die Insel verlassen wollten und darum baten, vom Dampfer mitgenommen zu werden. Das ganze Nordende der Insel war mit silbergrauer Asche überzogen, die wie schmutziger Schnee ausfiel. Feuer, Asche und Schlamm wurde von heftigen Windstößen über den Dampfer gelassen, aber endlich erreichte er doch St. Pierre. Die Stadt hatte sich beinahe zwei englische Meilen am Wasser entlang und eine halbe Meile rückwärts zu den Anläufen des Vulkans hin ausgedehnt, wo die aus Stein gebaute Häuser der reicheren französischen Familien sich erhoben. Die Minen braunten noch immer, und an vielen Stellen roch es furchtbar nach verbranntem Fleisch. Mit großer Mühe wurde die Landung angefaßt. Nicht ein Haus war unverletzt, überall sah man brennende Schlammhaufen, Aschenhaufen oder Haufen vulkanischer Steine. Straßen waren kaum zu entdecken. Hier und da sah man unter den Ruinen Haufen von Leichen, alle mit dem Gesicht nach unten. In einem Winkel sah man 22 Männer, Frauen und Kinder in einer schrecklichen Masse, aus der Arme und Beine hervorragten, daliegen. Mitten durch die bisherige Place Berlin rann ein winziger Bach, der Rest des Gohard-Bisses. Große entwurzelte und vom Feuer versengte Bäume waren nach allen Seiten zerstreut. Große Felsblöcke und noch heiße Steine lagen überall umher. Unter einem großen Steinblock ragte der Arm einer weißen Frau hervor. Am meisten fiel die völlige Ruhe auf und der furchtbare, überwältigende, able Geruch. Der fertige Strom, der vom Vulkan herabkam, muß aus giftigen Gasen bestanden haben, die sofort Leben, der sie einatmeten, erstickten, und aus andern heftig brennenden Gasen, denn fast alle Opfer hielten ihre Hände vor den Mund oder zeigten auf andere Weise, daß sie sich vor Erstickung zu retten versucht hatten. Alle Leichen waren verfault oder geröstet.

Der Anbruch des Colima nimmt zu, wie aus Manzanillo via New York berichtet wird. Die Bevölkerung der Thäler sieht in die 50 Kilometer nordöstlich gelegene Stadt. Die Panik wird allgemein infolge beginnender Erdstöße, man beschränkt ein großes Erdbeben wie im Jahre 1868. Viele Weiße trafen Zuflucht suchend aus Colima im Hafen von Manzanillo ein.

Der Vulkan Colima liegt 12000 Fuß hoch über stark bevölkerten, äußerst fruchtbaren Thälern. Wenige Tage vor dem großen Erdbeben des 20. Dezember 1868 begann der Colima zum erstenmal seit langen Jahren Rauch und Dampf auszuatmen. Erst im Jahre 1869 folgte der eigentliche Ausbruch, der erste nach vierzigjähriger absoluter Ruhepause.

Der Ausbruch des Kraters Jona nimmt gleichfalls an Stärke zu. Auch die längst erloschenen Geysir am Republikflusse (Rebrazka) zeigen Symptome erneuter Bewegung.

Man befürchtet um so mehr einen direkten Zusammenhang zwischen den vulkanischen Ausbrüchen auf den Antillen, der Aktivität des Colima und der des einzigen nordamerikanischen Kraters Jona, als St. Vincent, Martinique, Jamaica und Manzanillo auf derselben Linie liegen, wenn die Entfernung zwischen den äußersten Punkten der unterirdischen Aktionszone auch über 4000 Kilometer beträgt.

Gewerkschaftliches.

Der Deutsche Xylographenverband hat in der Zeit vom 31. August bis 1. September 1901 eine Statistik arrangiert, deren Ergebnis jetzt vorliegt. Dreiviertel der im Verne Beschäftigten haben sich an der Statistik beteiligt. Von diesen sind 508 Arbeiter- und 150 Hausarbeiter. Verbandsmitglieder haben sich 526 beteiligt.

Einen Rückgang zeigt die Zahl der Gehilfen in Stuttgart, während Städte wie Braunschweig und Hannover eine Zunahme bringen. Ueberhaupt zeigt der Verne einen wesentlichen Rückgang im sogenannten bestreiftischen Holzschmitt, d. h. den für die

Musterung von Zeitschriften und Büchern — während der Holzschmitt für gewerbliche und rein technische Zwecke aufgenommen hat.

Die Länge der Arbeitszeit beträgt bei den meisten Organisierten 8 Stunden, es wird aber auch bis 12 Stunden gearbeitet. 636, 685, 730, 800, sogar 1200 Ueberstunden im Jahre verzeichnet die Statistik in vielen Fällen. Dabei berichtet die Statistik von einer Abnahme der Extra-Arbeit gegen die statistischen Erhebungen von 1897. Im ganzen arbeiten 454 zu den vom Statut geforderten Bedingungen.

Die Bezahlung der Xylographen zeigt die größten Gegensätze. Der Durchschnittsverdienst betrug 1897 auf Gehalt 34 M., auf Stuhl 35 M., — 1901 betrug er auf Gehalt 33,9 M., auf Stuhl 33,2 M. Es ist also ein kleiner Rückgang eingetreten. Während 1897 noch 13 Mann über 60 M. verdienten, zeigten sich 1901 bloß 5 Mann in dieser Höhe. In Leipzig arbeiten zwei Xylographen für 15 M. und für weniger sogar noch einige in andern Orten. Der niedrigste Lohnsatz beträgt 6,32 M. pro Woche, dem das höchste Einkommen, allerdings nur in einem Fall, von 83 M. gegenübersteht.

Die Arbeitslosigkeit hat in den letzten Jahren im Verne besonders stark zugenommen. 1897 wurde vom Verband für 2854 arbeitslose Tage Unterstützung bezahlt. 1901 stieg dies auf 8318 Tage. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit betrug 39 Tage.

An die organisierte Arbeiterschaft Verne und Vororte.

Bekanntlich werden die Vorbergehilfen in ihren Bestrebungen, sich zu organisieren, mit allen kleinsten Mitteln ihrer Arbeitgeber verfolgt. Die Arbeitgeber versuchen die im vergangenen Jahre erzielten Verbesserungen dadurch illusorisch zu machen, daß man junge, kaum ausgebildete Arbeitskräfte von auswärts heranzieht, während Hunderte von Gehilfen sich außer Arbeit befinden. Die Organisation der Gehilfen hat den Arbeitern ein Mittel in die Hand gegeben zu kontrollieren, wo die Forderungen der Gehilfen bewilligt sind.

Arbeiter, Parteigenossen, benützt dieses Mittel, fragt bei Inanspruchnahme von Barbieren nach der gelben Kontrollkarte (3. Woche im Mai muß abgestempelt sein).

Achtung, Dachdecker! Da die Differenzen bei der Firma

Paylow in Ranzow zur Jurisdiction der Beteiligten beigelegt worden sind, so ist die Sperre über dieselbe hiermit aufgehoben.

Achtung, Barbiergehilfen! In Frankfurt a. O. und G. m. o. v. sind Differenzen ausgebrochen. In Bezug auf diesen Ort ist fernzuhalten.

In der Buntschleiererei von G. Wegener in Wilmer's-

dorf, Barmbeckerstr. 18, bestehen seit dem 5. d. Mts. Differenzen. Die 82 dafelbst beschäftigten Arbeiter sind in den Ausstand getreten wegen Einstellung von Arbeitskräften durch den Nachweis der Tischler-Zunung. Verhandlungen mit Herrn Wegener hatten keinen Erfolg. Der Unternehmer sucht Arbeiter zu gewinnen unter der Vorbedingung, daß in seinem Betriebe alles geregelt sei; er hat auch in einigen Fällen damit Erfolg gehabt und versteht es, die Arbeitswilligen, auch wenn sie durch die Ausständigen eines Besseren belehrt sind, an der Arbeitsniederlegung zu hindern. Auch die Behörde gewährt den Arbeitswilligen den größten Schutz. Die Ausständigen eruchen, die Sperre der Wegener'schen Werkstätte zu beachten und den Zugang fernzuhalten.

Deutsches Reich.

Zur Ausperrung im Kieler Vaugewerbe. Kürzlich konnten wir berichten, daß der Kieler Polizeipräsident es abgelehnt hatte, den Unternehmern den erbetenen weitgehenden Schutz ihrer Arbeitswilligen zu gewähren. Sind die in dem von uns erwähnten Schreiben des Polizeipräsidenten niedergelegten Grundzüge den unteren Beamten nicht bekannt, oder fühlen sie sich nicht an dieselben gebunden, genug, wir lesen täglich in unserm Kieler Beobachter von Verhaftungen, die an Arbeitern vorgenommen werden, die den Versuch machen, zureichende Arbeitswillige über die Lage der Verhältnisse aufzuklären. Es wäre wünschenswert, daß die Anführer des Polizeipräsidenten betreffs der polizeilichen Befugnisse bei Streiks den ausführenden Beamten eingeschärft werden.

Fabrikarbeiter. Die Lokalverwaltung Markranstädt des Fabrikarbeiter-Verbandes macht darauf aufmerksam, daß 14 Hilfsarbeiter der Kürschnerei von H. Tünger in Markranstädt sich wegen Mißregelung im Ausstand befinden, und der Zugang deshalb fernzuhalten ist.

In der Schuhfabrik von Preuß u. Möblich in Weichen sind wegen Mißregelung Differenzen ausgebrochen. Arbeitsangebote nach Weichen sind deshalb zu vermeiden. — Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Ausland.

Die Väterlandsperrung in Göteborg. Dieser Tage haben wiederum Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeiter stattgefunden, eine Einigung kam jedoch nicht zu Stande. Die Vertreter der Arbeiter halten unbedingt an der Forderung des achtstündigen Arbeitstages fest. — Von den sechs Personen, die anlässlich der Krawalle vom 7. und 8. März verhaftet wurden, ist einer, der einen Polizeifin mit einem Stein geworfen haben soll, zu zwei Jahren und zwei Monaten verurteilt worden, die übrigen sind zu geringen Gefängnisstrafen resp. Geldstrafen verurteilt worden.

Die Weber in Cuschede haben die von der Firma gestellten Bedingungen zur Wiederaufnahme der Arbeit mit 1197 gegen 182 Stimmen abgelehnt. Die Firma wollte 20 Weber dauernd von der Arbeit ausschließen und außerdem besteht sie auf die Lohnreduktionen für die Dedeweber. |

Verfassungen.

Sechster Wahlkreis (Schönhauser Vorstadt). Die am Mittwoch in Fiedels Ideator abgehaltene öffentliche Parteiverammlung war gut besucht. Reichstags-Abgeordneter Richard Fischer behandelte daselbst das Thema: „Vollstopp voraus in der Socialreform“. Der Vortragende ging auf die überaus langsame Entwicklung unierer Socialgesetzgebung ein und zeigte an der Hand zahlreicher Beispiele, wie wenig Ursache die herrschenden Klassen haben, mit ihren socialreformatorischen Großthaten umherzuwahrnen.

Hierauf gab W. A. den Bericht des Vertrauensmannes, der den Zeitraum vom 1. Oktober v. J. bis 1. Mai d. J. umfaßt. Danach wurden neun durchweg gut besuchte Versammlungen abgehalten. Die Einnahme betrug 7842,53 M., der eine Ausgabe von 6787,16 M. gegenüber stand; an die Parteikasse konnten 1055 M. abgeführt werden. Bezugnehmend auf den Organisationsfreit meinte Redner: Es hege wohl jeder den Wunsch, diesen bedauerlichen Zwist beigelegt zu sehen, damit endlich wieder einheitlich gearbeitet werden könne. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Vertrauensmann Decharge erteilt. — Den Bericht der Preklo mission gab Baum, wobei er bemerkte, daß die Wünsche der Vororte in Bezug auf den „Vorwärts“ zum Herbst ebenfalls die lang ersehnte Berücksichtigung finden dürften.

Ueber die Tätigkeit der Agitationskommission berichtet Schmidt. Er bedauert hierbei, daß entgegen den getroffenen Vereinbarungen der Organisationsfreit auch auf das Land hinausgetragen sei. So z. B. erhalte er, wahrscheinlich auf Veranlassung von leitenden Genossen der Majorität, aus zwei Landbezirken keine Berichte mehr zugefellt, weil man ihn nicht mehr als Vertreter der Kreisorganisation anerkenne. Er könne nicht glauben, daß jene Genossen, die auf solche Art die agitatorische Tätigkeit hemmen, die Interessen der Partei wahrnehmen. — Im Anschluß hieran gab Dobroslaw den Bericht der Zeitungsmission. Redner konstatiert eine erfreuliche Zunahme der Abonnentenzahl; unterzieht aber gleichzeitig das Vorgehen der Majorität betreffs der Expeditionsangelegenheit in der Schönhauser Vorstadt einer scharfen Kritik. An der Aussprache über diese Angelegenheit beteiligten sich u. a. Weibel, Gellert, Mars und Lugscheider. Mars stellte es entschieden in Abrede, daß die Abonnenten der Schönhauser Vorstadt auf eine Zustellung des „Vorwärts“ durch die Expedition Gesundheitsbrunnen

gedrungen hätten; es sei dies vielmehr lediglich auf Betreiben der dortigen Bezirksführer geschehen. Bei ihm seien eine Anzahl Abbestellungsarten eingegangen, die alle von ein und derselben Person geschrieben waren; hinterher stellte sich dann heraus, daß viele Abonnenten von der Abbestellung überhaupt nichts gewußt hätten. Ferner sei es nicht wahr, daß er eine Zusammenkunft mit Roabiter Genossen zwecks Besprechung neu-eingeführter Organisationsverhältnisse einberufen habe. Im übrigen sei es auch kaum möglich, vom Gesundheitsbrunnen aus die regelmäßige Zustellung des „Vorwärts“ an die Abonnenten der Schönhauser Vorstadt zu bewerkstelligen, was schon aus dem Umstand hervorgehe, daß den Austrägerinnen die Zeitungen auf offener Straße ausgehändigt würden. Er sehe nach wie vor auf dem Standpunkt, es wäre richtiger gewesen, diese Angelegenheit, die nur heiberitisch böses Blut machen müsse, nach der endgültigen Regelung des Organisationsfreites zu regeln. (Lebhafte Zustimmung.) Lugscheider, häufig durch Zurufe aus der Versammlung unterbrochen, fährt aus: Die Verbitterung sei durch das Verhalten der leitenden Genossen der Schönhauser Vorstadt leider verschärft worden. Wohl mögen seitens der Mehrheitsvertreter tadelnswerte Uebergriffe vorgekommen sein, im großen ganzen sei aber korrekt verfahren. Insbesondere bestehe nicht die Absicht, Mars die Expedition ab-zutreiben. (Große Unruhe.) Weibel betont, er sei derjenige gewesen, der Mars zu einer Besprechung der Roabiter Genossen eingeladen habe, weil die dortigen Genossen mit den jetzigen Zuständen unzufrieden wären. Sie würden nur als zahlende Mitglieder betrachtet, im übrigen aber würden sie fast nie um ihre Meinung befragt und bekämen von den inneren Parteiverhältnissen auch nichts zu wissen. Alles machten die Bezirksführer unter sich ab, ohne sich um die Mitglieder weiter zu kümmern, außer wenn Zahlungen geleistet werden sollten. — Zum Schluß bemerkte der Vertrauensmann W. A. F.: Viele Worte könnten gesagt werden, wenn die leitenden Personen der Majorität sich vor Augen halten wollten, daß sie es in den Genossen der Schönhauser Vorstadt nicht mit einem losen Haufen, sondern mit einer festgesetzten Organisation zu thun haben. Eine beiderseitige Verständigung sei jedenfalls das beste zur Förderung der Parteinteressen; durch die jetzt ohne ersichtlichen Grund vom Jaune gedrohone Zeitungsangelegenheit aber werde die Verbitterung sicher eher gesteigert als vermindert. Hierauf wurde folgende Resolution gegen 3 Stimmen angenommen:

Die heutige öffentliche Parteiverammlung spricht nach Anhörung des Berichts über die Zeitungs Expedition der Schönhauser Vorstadt ihr entschiedenes Mißfallen über die versuchte Abtreibung von „Vorwärts“-Abonnenten durch die Bezirksführer der Schönhauser Vorstadt aus. Die Versammlung erklärt ferner, daß in dieser Angelegenheit die leitenden Personen der Schönhauser Vorstadt gegen die Parteinteressen gearbeitet haben.

Waidmannslust. Am Sonnabend, den 10. d. M., hielt der Wahlverein eine außerordentliche Generalversammlung ab. Die Anwesenden nahmen die Berichte der einzelnen Ortskapitel, welche Ergebnisse die wöchentlichen Diskutierabende gehabt haben, entgegen; in einzelnen Orten ist die Mitgliederzahl um das Doppelte gestiegen. Ein Antrag der Tegeler Genossen, der dahin lautete, in Tegel einen selbständigen Wahlverein zu gründen, wurde, nachdem hierüber eine lebhafte Diskussion stattgefunden hatte, einstimmig angenommen. Tegel bildet einen selbständigen Wahlverein, gliedert sich aber im übrigen an den Bezirk Waidmannslust an.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Abkommen zwischen England und China.

Köln, 15. Mai. (W. Z. V.) Der „Köln. Ztg.“ wird aus Petersburg von heute telegraphiert: Die hier soeben bekanntgegebenen beiden Abkommen, die zwischen England und China abgeschlossen wurden, haben hier unangenehme Uebertragung hervorgerufen. Das erste Eisenbahn-Abkommen bezieht sich auf die Eisenbahn Peking—Schaubaitwan und unterliegt der nachträglichen Genehmigung der Mächte. Wenn man sich dabei auf das Abkommen der Mächte vom 15. Februar v. J. beruft, nach welchem die Bahnlinie Peking—Schaubaitwan den Engländern übergeben wurde, so ist das nach heutiger Auffassung nicht stichhaltig, weil die darin erwähnte Occupation des Landes im Verhältnis darstellt, das mit dem 22. September v. J. ein Ende genommen hat. Noch mehr Mißstimmung ruft die Konzession hervor, die den Engländern für die Strecken Lungtschau—Langtschau, Tientsing—Paotingfu und Peking—Kalgan gegeben worden ist. Wie es heißt, ist der russische Vertreter in Peking beauftragt worden, bei der chinesischen Regierung gegen diese Abkommen mit Nachdruck vorzustellen zu werden.

Der Wahlrechtskampf in Schweden.

Stockholm, 15. Mai. (W. Z. V.) Die Anzahl der hier Ausständigen wird auf 15000 geschätzt. Morgen dürfte diese Zahl bedeutend größer sein. Die Brantwahlen sind geschlossen.

In Göteborg ist der Ausstand kein allgemeiner. Die Buchdrucker, Gasarbeiter, Straßenbahnarbeiter und Droßkufenführer sind nicht ausständig.

In Malinö ist der Verkehr ungestört; in den Fabriken und Druckerien ist dagegen die Arbeitseinstellung vollständig.

In Helsingborg ist der Ausstand allgemein.

Abgeordnetenhand.

Wien, 15. Mai. (W. Z. V.) Bei der fortgesetzten Beratung des Adreß-Budgets sagt der Aderbauminister Freiherr von Giovanelli: Die Monarchie dürfe sich in handelspolitischer Beziehung nicht auf den Isolirismus stellen, noch auch versuchen, gegen den Strom zu schwimmen. Andererseits aber könne die vom Deutschen Reich gerade auf dem Gebiete der Land- und Forstwirtschaft eingeleitete Zollpolitik nicht ohne Rückwirkung auf Oesterreich bleiben.

Die Regierung ist sich der Verantwortung für den Schutz schwerwiegender Interessen vollkommen bewußt, und bittet das Haus, in Bezug auf die trennende Frage der Weingoltsklausel versichert zu sein, daß die Regierung im Rahmen der groben Zoll- und handelspolitischen Aktion für die Interessen der Land- und Forstwirtschaft einzutreten wisse.

Fischerstreik.

Leibach, 15. Mai. (W. Z. V.) Die hiesigen Bau- und Möbelschneider sind wegen Lohn Differenzen in den Streik eingetreten.

Justizminister Humbert und die Missionenerbin.

Paris, 15. Mai. (W. Z. V.) Der Anwalt Pharmocier hat in einem Brief an seine Tochter erklärt, er sei in der Lage, die Beweise zu erörtern, daß der frühere Justizminister Humbert die großen Unterschleife der Frau Humbert ins Werk gesetzt habe.

Unterhand.

London, 15. Mai. (W. Z. V.) In Erwiderung auf eine Anfrage über Unterstufungsmassnahmen für St. Vincent zählt der Erste Lord des Schatzes Walsone die von den andern Kolonien bewilligten Beiträge auf und erklärt, die Regierung sei bereit, die aus anderen Quellen stammenden Beisteuern, in wie hohem Maße es immer erforderlich sein sollte, zu ergänzen. Der Minister fährt sodann fort: In dieser Angelegenheit habe ich noch nicht der von hohem Mißgeschick zureichenden Art und Weise Rechnung getragen, in der die Regierung der Vereinigten Staaten ihren Wunsch angedrückt hat, an dem Hilfs- und Rettungswerk teilzunehmen. Der Gouverneur der Windward-Inseln ist bereits befragt worden, in welcher Form von diesem hochherzigen Anerbieten am besten Gebrauch gemacht werden kann. Was Martinique betrifft, so hat Lord Landsdowne am 12. Mai an den englischen Vorkonsul in Paris telegraphiert, es würde der englischen Regierung große Freude bereiten, ihre Unterstützung in jeder Form anzubieten, die als den Leidenden auf Martinique dienlich befänden würde. Die französische Regierung antwortete, sie nehme das Anerbieten mit Dank an.

Krankenkassen-Mitglieder Berlins und der Vororte!

Die Apotheker Dr. Wedel, Schöneberg, Sedanstr. 3 (Sedan-Apothek) und Brandes, N. Rügenstr. 21 (Rüben-Apothek) haben uns auf Verlangen des Apothekervereins die soeben geschlossenen Verträge wieder gekündigt. Diese „Kündigung“ kennzeichnet sich nach dem Urteil unsres Rechtsbeistandes als schänder Vertragbruch, für den wir die Herren Schadenersappflichtig machen werden. Entsprechende Prozesse sind bereits in die Wege geleitet. Um die Höhe des Schadens festzustellen, welcher uns bezw. den von uns vertretenen Kassen erwächst, ist aber ein notwendig: die Krankenkassen-Mitglieder müssen, unbefehligt durch ihr moralisches Urteil über die beiden Herren Apotheker, die genannten Apotheken nach wie vor für die Anfertigung von Kassenrezepten soviel als möglich in Anspruch nehmen. Die Differenz zwischen den vertraglich ausgemachten Preisen und den Preisen, welche die beiden Herren Apotheker tatsächlich fordern, stellt dann den Schaden dar, dessen Ersatz wir im Klagewege fordern werden. Die Erstattung der von den Mitgliedern vorausgelagten Rezeptbeträge findet in der üblichen Weise durch die Kassen, bezw. durch die Droguisten statt. Erwachen den Mitgliedern dadurch, daß die Herren Dr. Wedel und Brandes vertragswidrig den Kredit entziehen, Porto-Auslagen, Fuhrkosten und dergleichen, so sind diese besonders zu liquidieren, und werden erstattet; denn auch für diesen Schaden sind die genannten Herren ersatzpflichtig.

Die Kassenverwaltungen bitten wir, alle in der Wedelschen oder Brandes'schen Apotheke angefertigten Rezepte samt den Belegen für erstattete Porto-Auslagen, Fuhrkosten usw. baldmöglichst uns einzusenden.

Die Pringen-Apothek, Pringen-Allee 69 (Apotheker Voesehagen) ist vertragstreu und verdient daher in allererster Linie die Berücksichtigung der Kassenmitglieder, auch für den Familienbedarf. Centralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte.

Partei-Nachrichten.

Parteiliteratur. Die Buchhandlung Vorwärts hat, vielfachen Nachfragen entgegenkommend, eine neue Auflage des Flugblattes „Du, Rutter, was läufst du Herr Wendarm so?“ hergestellt. Das Flugblatt, das seiner Zeit großen Anklang bei den Parteigenossen gefunden hat, ist vom Verfasser einer erneuten Durchsicht nach der Richtung unterzogen worden, daß auch die Protowörterpläne darin behandelt sind.

Der Preis stellt sich bei Abnahme von 500 Exemplare 5,- M. 1000 „ 8,- „ 5000 „ 25,- „ 10000 „ 60,- „

Agitationskomitees zc. erhalten auf Verlangen Probe-Exemplare.

Die Arbeitslosen-Nummer der Buchhandlung Vorwärts ist einhellig von der staatsanwaltschaftlichen Verfolgung befreit. Die Staatsanwaltschaft hatte gegen das freisprechende Urteil des Landgerichts zunächst Revision eingelegt, nach dem Empfang der schriftlichen Urteilskassierung hat sie jedoch die Frist zur Begründung der Revision ablaufen lassen, ohne weitere Schritte zu thun. Sie hat selbst erkannt, daß jede Aussicht auf Erfolg des mit so vielem Eifer eingeleiteten Verfahrens verloren ist.

Die Weihnachts-Zeitung „Arbeitslos“ ist auch in Braunschweig zu einem Bräustein für den gesellschaftlichen Sinn der Polizei geworden. Am 13. Mai nachmittags ist das dort beschlagnahmte Paket mit Zeitungen unrer dortigen Buchhandlung wieder zugestellt worden, nachdem die Polizei zuvor die sonderbare Zustimmung gemacht, daß sich der Eigentümer die beschlagnahmte Sendung selbst abholen solle.

Das geschlossene beschlagnahmte Paket ist entgegen dem floren Wortlaute der Strafprozeß-Ordnung, die die Öffnung beschlagnahmter verschlossener Sendungen nur dem Richter gestattet, geöffnet worden.

Bei der Rücklieferung war ein Blatt zerrissen und zehn Blätter fehlten.

Nachdem diese Thatsache auf der Quittung vermerkt worden war, schickte die Polizei am andern Tage 1 M. als Preis der fehlenden 10 Blätter in die Buchhandlung.

Selbstverständlich wird sich unrer Braunschweiger Buchhandlung dabei nicht beruhigen, sondern der Polizei klar machen lassen, daß sie blühende Gesetzesvorschriften verletzt hat, die ausdrücklich zum Schutze gegen Polizeiwillkür erlassen sind.

Parteipresse. Aus der Redaktion der „Schwäbischen Tagwacht“ in Stuttgart ist der Genosse Leonhard Lauscher ausgeschieden, der seit neun Jahren den politischen Teil des Blattes geleitet hat. Ein neuer Redakteur tritt nicht für ihn in das Blatt ein. Die Redaktion des politischen Teiles übernimmt Genosse Keil, der bisher schon in der Redaktion thätig war. In Zeiten strenger Landtagsfähigkeit soll ihm, wie das Blatt berichtet, Genosse Dr. Lindemann in Degerloch helfen.

Die Streitigkeiten in Nürnberg scheinen noch immer nicht beendet zu sein. Wie sich der „Lokal-Anzeiger“ telegraphisch von dort melden läßt, beschloß eine Versammlung des sozialdemokratischen Vereins den Ausschlag der Mitglieder Kopsch und Ströber.

Polizeiliches, Gerichtliches usw. — Sieben Mark 40 Pf. Strafe und Kosten muß die „Augsburger Volkszeitung“ bezahlen, weil sie ohne polizeiliche Erlaubnis zu Sammlungen für die belgischen Genossen aufgefördert hat.

Sociales.

Die Bundesrats-Vorordnung für die Gastwirtsgehilfen, das ärmtliche bisherigen Arbeiterschutz, das bisher geleistet worden, genügt selbst den milden Herren von der Gesellschaft für Socialreform nicht. Eine Versammlung der Gesellschaft hier in Berlin, die kürzlich unter Vorsitz des Herrn v. Werlich tagte, nahm nach einer Besprechung des Gegenstandes folgende Resolution an:

So dankenswert jeder Versuch einer Regelung der Arbeitsverhältnisse in Gast- und Schankwirtschaften ist, so kann die hierauf bezügliche Bekanntmachung des Bundesrats vom 23. Januar 1902 doch nur als der Anfang der für den Schutz der Gehilfen und Lehrlinge notwendigen Maßnahmen betrachtet werden. Ihre Vorschriften bleiben sogar vielfach hinter dem Mindestmaß dessen zurück, was schon die Gesundheit erfordert. Sie verzichten aber völlig darauf, dem Arbeiter auch nur in den bescheidensten Grenzen ein Familienleben zu ermöglichen und ihm Zeit für seine Fortbildung zu gewähren. Auch lassen sie die mit der Wahrung der Gesundheit nicht zusammenhängenden Beziehungen des Arbeitsverhältnisses außer Betracht, welche durch die Gewerbe-Ordnung für andre Gewerbe geregelt sind.

Sie können deshalb als wirksame Schutzbestimmungen für das im Gast- und Schankwirtschafts-Betriebe beschäftigte Personal nicht angesehen werden. Insbesondere sind unzulänglich die Bestimmungen über die Ruhezeit der jugendlichen Gehilfen, bezüglich der freien Tage und der Sonntagsruhe, sowie bezüglich der weiblichen Gehilfen. Auch ist der Arbeiterschutz auf das gesamte Personal ausgedehnt.

Da nach § 120 der Gewerbe-Ordnung die Befugnis des Bundesrats zum Erlass von Vorschriften über die Regelung der Arbeitszeit begrenzt ist auf Bestimmungen zur Wahrung der Gesundheit der Arbeiter, so kann eine ausreichende Besserung der Lage der im Gast- und Schankwirtschaftsgetriebe beschäftigten Arbeiter, Angeestellten, Gehilfen und Lehrlinge beiderlei Geschlechts nur im Wege der Gesetzgebung bewirkt werden. Hierbei würden auch die Wünsche der Gehilfen bezüglich der Stellensmittlung, des Gefolges von Arbeitsordnungen, der Erhebung und Verwendung von Strafgebern, der Beaufsichtigung der Betriebe (§ 139b der Gewerbe-Ordnung), der allgemeinen und der beruflichen Fortbildung sowie die Frage einer Beschränkung der Nachtarbeit in Berücksichtigung zu ziehen sein.

Statistische Erhebungen über die Lage aller Arbeiter in Königsberg beschloß das dortige Stadtverordneten-Kollegium. Daneben soll dem Kollegium eine Zusammenfassung über die Löhne und Arbeitszeit der städtischen Arbeiter vorgelegt werden. Die Beschlüsse wurden auf Antrag unsrer Parteigenossen gefaßt.

Meineidsprozeß Hillger und Genossen.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Landgerichtsrat Grodke bleibt der Gerichts- und Gefängnisarzt Dr. Puppe ein Gutachten über den Gesundheitszustand der beiden Angeklagten ab. Der Angeklagte Hillger habe ihm mitgeteilt, daß er in seiner Jugend außerordentlich viel und anstrengend gearbeitet habe; um sich des Nachts bei der Arbeit wach zu halten, habe er seine Hände in kaltes Wasser gesteckt, sehr starken Kaffee und Thee getrunken zc. Er habe schon mit 26 Jahren das Rektor-Examen gemacht und mehreren schwereren Unfälle erlitten. Er hatte übrigens seine sämtlichen Körperlichen und geistlichen Beschwerden dem Gefängnisarzt sorgfältig aufgeschrieben, damit nur kein Moment vergessen werde. Der Sachverständige giebt sein Gutachten dahin ab: Hillger leide an Neurosthenie, an Nervenschwäche in mäßigen Grade, eine Willens-Aufreißer sei nicht vorhanden. Was Dr. Klein betrifft, so hat der Sachverständige nicht den Eindruck gehabt, daß dieser ein feil entarteter Mensch sei. Es wurde hierauf zur Verhandlung des den

Angeklagten Dr. Klein

betreffenden Anklagepunktes geschritten. Der 73jährige Angeklagte spricht nur im Plätkerton; seine Auslassungen werden erst durch seine Verteidiger den Geschwornen verständlich gemacht. Er ist am 30. Dezember in der Disziplinarsache wider Hillger von dem als Richter fungierenden Referendar Heider vernommen worden. Er hat zunächst ausgesagt, daß seines Wissens in seiner Zeitung niemals ein Artikel veröffentlicht worden sei, der von Hillger herrührte oder zu dem dieser oder ein Beauftragter von ihm Stoff oder Material geliefert hätte. Nur in einem Fall habe Hillger in einem Artikel einige statistische Angaben korrigiert. Er bestritt ferner, daß er in seiner Behauptung ein 23 Seiten langes Schriftstück mit einer der Hillgerschen ähnlichen Handschrift bewahrt habe, wie es der Zeuge Schrapel bei der Hausdurchsuchung bemerkt haben will. Bei der Vernehmung hatte dann der Referendar von der vorläufigen Verteidigung Abstand genommen und zwischendurch erst den Steuersekretär Schrapel vernommen. Dann wurde Dr. Klein nochmals vernommen und der Referendar hielt ihm vor, daß ihm seine Aussage nicht wahr zu sein scheine. Nach dem Protokoll hat darauf Dr. Klein gegenüber der Schrapelschen Aussage seine vorherigen Behauptungen aufrecht erhalten und insbesondere nochmals bestritten, daß ein 23 Seiten langes Manuskript über Schulangelegenheiten bei ihm gelagert hätte. Er ist darauf nach Hervorhebung der Widersprüche seiner Aussage mit der Aussage des Schrapel verurteilt worden. Der erste Teil des Protokolls ist dem Dr. Klein vorgelesen worden, bevor Herr Schrapel vernommen wurde; vor seiner Verurteilung ist dem Dr. Klein dieser erste Protokollteil nicht noch einmal vorgelesen worden.

Angeklagter Dr. Klein behauptet, seine Ansicht wäre gewesen, daß er nur über den zweiten Teil seiner Aussage verurteilt worden sei. Er habe seines Wissens viel weniger gesagt, als im Protokoll stehe; mit seinem müden Gedächtnis habe er vielleicht einzelnes nicht richtig aufgefaßt. Den Teil seiner Aussage, daß Hillger ihm niemals Stoff oder Material geliefert habe, könne er nach dem Gange dieser Verhandlung nicht mehr aufrecht erhalten; damals habe er es aber nicht anders gewußt. Er habe dem Referendar gleich angedeutet, daß er vom zeitungsrechtlichen Standpunkt aus einen Unterschied zwischen „Artikel“, „Stoff“ und „Material“ mache. Die Veröffentlichung von Auslassungen im Sprechsaal und im Briefkasten rechne er nicht zu den „Artikeln“. Er habe nach bestem Wissen und Gewissen ausgesagt und nicht in der Absicht gehandelt, irgend etwas zu verdrängen.

Der Zeuge Heider, der seit dem Januar 1897 Referendar ist, war mit der Vernehmung des Dr. Klein beauftragt worden. Nach seiner Meinung hat er dem letzteren von Anfang an gesagt, daß er verurteilt werden würde. Er habe so laut gesprochen, daß nach seiner Ansicht Dr. Klein alles verstehen konnte und auch alles verstanden hat. Eine falsche Auffassung über die Ausdehnung des Eides hatte er für ausgeschlossen.

Zwei Schwerhörige.

Justizrat Cassel und Rechtsanwält Dr. Löwenstein suchen durch Befragen des Zeugen festzustellen, daß bei der Vernehmung des Angeklagten doch Mißverständnisse unterlaufen sein können, da der Angeklagte sehr, der Referendar aber auch etwas schwerhörig sei. Der Angeklagte bleibe mit aller Bestimmtheit dabei, daß er anlässlich nichts davon gewußt, daß er verurteilt werden sollte; daß sei ihm erst zum Schluß gesagt worden. Die Verteidiger sind der Ansicht, daß das Protokoll doch auch nicht alle Vorgänge, die bei der Vernehmung des Angeklagten vorgekommen, ganz präcise wiedergibt.

Zeugin Frau Dr. Klein, die Ehefrau des Angeklagten, bezeugt, daß der letztere nicht nur sehr schwerhörig, sondern auch herzleidend sei, so daß er öfter im Bette liege. Während dieser Zeit besorge sie mit ihrer Tochter die Redaktionsgeschäfte. Von Hillger habe sie nie Manuskript erhalten. Wichtig sei es, daß ihr an Epilepsie leidender Sohn manchmal Posteingänge an sich behalte, es sei aber auch schon vorgekommen, daß er ohne Wissen des Angeklagten auf eigene Faust Sachen zum Druck gegeben habe. Ihr Ehemann, der in den letzten Jahren von vielem Familienunglück schwer betroffen worden, sei etwas gedächtnisschwach. Die Zeugin bestritt entschieden, daß bei der nach den 6 Artikeln stattgefundenen Hausdurchsuchung der Zeuge Schrapel ein 23 Seiten umfassendes Manuskript von Hillgers Hand gesehen haben könne. Das Manuskript sei für eine Broschüre bestimmt gewesen und rührte vom Lehrer Ziegler her. — Zeuge Schrapel bleibt dabei, daß dies ein andres, aussehend von Hillger herrührendes Manuskript gewesen sei. — Justizrat Cassel hält es für sehr auffällig, daß der Zeuge, der den Inhalt vieler bei der Hausdurchsuchung vorgefundener Pettele noch genau beschreiben habe und der sogar glaubt, den Abdruck des Manuskripts in der Zeitung gelesen zu haben, sich auf den Inhalt dieses wichtigen Manuskripts trotz aller Befragung absolut nicht bestimmen könne. — Zeugin Frau Dr. Klein bleibt mit Bestimmtheit dabei, daß sie sofort Herrn Schrapel darauf aufmerksam gemacht habe, daß das Manuskript von der Hand Zieglers herrühre. Der Zeuge Schrapel sei bei den Hausdurchsuchungen immer sehr thätig gewesen. — Justizrat Cassel: Als Bedenken über die Form der Hausdurchsuchung erhoben wurden,

habe nentlich der Zeuge Schrapel gesagt, er sei als Gemeindebeamter beauftragt gewesen, der Hausdurchsuchung als Zeuge beizuwohnen. Halte er sich in dieser Eigenschaft als Zeuge für berechtigt, thätig in die Hausdurchsuchung mit einzugreifen, die Gelasse selbst zu durchsuchen und zu durchsüßern und Berichte zu den Akten zu liefern? — Zeuge: Er habe sich dazu für berechtigt gehalten. — Justizrat Dr. Sello: Das sei ein direkter Verstoß gegen die Vorschriften des § 110 der Strafprozeß-Ordnung.

Auf Antrag des Staatsanwalts Reis wird noch ein Artikel aus der „Lichterfelder Zeitung“ vorgelesen, der nach der Verurteilung des Dr. Klein erschienen war und unrer Rechtspflege kritisierte. Diese kam in dem Artikel sehr schlecht weg. Es wurde u. a. ausgesagt, daß in der heutigen Rechtspflege der Angeklagte als Spielball zwischen dem Staatsanwalt und dem Verteidiger figuriere und daß der letztere in seiner Stellung vielfach eine Freisprechung eines Angeklagten als persönliche Niederlage betrachte. Substanzlose und freisinnige Bemerkung sei jetzt an der Tagesordnung, wer im Interesse der Wahrheit und des Rechts den Mut habe, seine Ueberzeugung auszusprechen, müsse ins Gefängnis wandern usw. — Staatsanwalt Reis: Will denn der Angeklagte nach den Ergebnissen der Gerichtsverhandlung behaupten, daß er in den sechs Artikeln, die zu seiner Verurteilung geführt haben, für „Wahrheit und Recht“ gekämpft habe. — Angeklagter Dr. Klein: Er wiederhole: er habe damals nicht gewußt, daß diese im Sprechsaal veröffentlichten Auslassungen auf den Amtsvorsteher Schulz gerichtet waren. — Justizrat Cassel: Kommt es nicht alle Tage vor, daß ein Redakteur, der da meint, schuldlos verurteilt zu sein, in einem das Urteil besprechenden Artikel behauptet, er habe nur für „Freiheit und Recht“ gekämpft? — Angell.: Ja wohl! (Heiterkeit.)

Der alsdann als Zeuge vernommene Landgerichtsrat Brandt giebt Auskunft über die ersten Vernehmungen des Angeklagten Hillger nach seiner Verhaftung. Auf Befragen der Verteidigung erklärt der Zeuge: er habe aus den Akten gesehen, daß der Gemeindevorsteher Schulz mit Hillger verfeindet war und deshalb habe er diesen in dessen eigenem Interesse bei den weiteren Anordnungen zur Verhaftung zc. auszuscheiden erfußt. Die Vernehmung sei daraus zu ersehen gewesen, daß der Gemeindevorsteher Schulz kurz hintereinander zwei Denunziationen erstattet und am Schluß der einen Anzeige hinzugesagt hatte: er könne nicht für die Folgen eintreten, wenn die Verhaftung nicht sofort vorgenommen würde. Auf Befragen der Verteidigung erklärt Zeuge: er habe anfänglich bei seinen Vernehmungen auf die Unterschiede zwischen „Artikel“, „Stoff“ und „Material“ kein besonderes Gewicht gelegt. Als aber von seiten der Angeklagten diese Unterschiede gemacht wurden, habe er in den Protokollen immer die Ausdrücke angewendet, die die Angeklagten selbst gebrauchten. Bezüglich eines in der Nummer vom 27. April 1901 erschienenen Artikels „Kirchenbauamt und Schulnot“ hatte der Angeklagte Hillger zuerst zugestanden, daß der Artikel unentgeltlich geliefert habe. Dann habe er dies widerrufen. — Angell. Hillger behauptet, daß er bei der Vernehmung sich insolge seiner Verhaftung in der größten Erregung befinde und völlig launisch sei. Was den Angell. Dr. Klein betrifft, so habe dieser ihm positiv nicht gestanden, einen Meineid geleistet zu haben, er habe jedoch nach langem Hin und Her, insbesondere nachdem ihm von der Beschuldigung der Papierscheube geworden, zugestanden, daß er in höchstens 15 Fällen Manuskripte für seine Zeitung von Hillger erhalten habe. Später hat er dieses Geständnis wesentlich eingeschränkt. Justizrat Cassel und Rechtsanwält Dr. Löwenstein machen darauf aufmerksam, daß Dr. Klein ja nichts weiter bestritten habe, als: es sei niemals ein Artikel, der den Rektor Hillger zum Verfasser hat, in der „Lichterfelder Zeitung“ abgedruckt worden, auch sei ihm nicht bewußt, daß Artikel abgedruckt seien, zu denen Rektor Hillger Stoff oder Material geliefert habe. — Es folgten Fragen der Verteidiger und des Staatsanwalts an einzelne Zeugen. Staatsanwalt Reis stellt fest, daß am 28. August 1900 wegen eines Artikels von zweien seiner Vorgesetzten aufs ernsteste verwahrt worden sei, jede Verbindung mit der Dr. Kleinschen Zeitung abubrechen, was dieser auch versprochen habe. Er habe dann aber sofort am nächsten Tage, 29. August, dem Dr. Klein geschrieben, ihm von den Bemühungen seiner Vorgesetzten, bei ihm „etwas zu finden“ Mitteilung gemacht und ihm weitere Notizen versprochen. Er habe also nichts Giltigeres zu thun gehabt, als seinem Versprechen zuwider zu handeln. — Bei der weiteren Erörterung über einzelne Dinge kommt durch den Lehrer Schürcke zur Sprache, daß gewisse Elemente, die sich bei der Verhandlung vom 8. November 1901 im Zuhörerraum befanden, halb laut recht gefällige Bemerkungen über den Angeklagten Klein gemacht haben. Als sich Herr Schürcke damals darauf hin maß, bemerkte er hinter sich Herrn Rohr und Herrn Niemeier, weiß aber nicht, ob die häßlichen Bemerkungen von diesen ausgegangen waren. Eine solche Bemerkung lautete: „Ollerschlicher Seemann“. Justizrat Cassel läßt sich durch den Schöffen Lange befähigen, daß auch dieser Herr Dr. Klein für einen durchaus anständigen Mann gehalten habe, auf dem der Ausdruck „ollerchlicher Seemann“ nicht passe.

Auf weitere Verweisanfrage wird allseitig verzichtet. Um 5 1/2 Uhr verläßt der Präsident die Verhandlung bis Freitagvormittag 10 Uhr. Es soll dann sofort mit dem Plaidoyer begonnen werden.

Eingegangene Druckschriften.

„Der Arbeitsmarkt“, Halbmonatsschrift der Centralstelle für Arbeitsmarkt-Berichte (Herausgeber Dr. J. Johnson), Berlin, Verlag von Georg Reimer. Die als Organ des Verbandes deutscher Arbeitsnachweiser erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 16 des 5. Jahrganges unter anderem: Rundschau über die Lage des Arbeitsmarktes. — Allgemeines: Struktur der Krise auf die verschiedenen Arbeiterkategorien. — Literatur zum Arbeitsmarkt. — Walfreier. — Situationsberichte aus einzelnen Gewerben: Bergbau (Abfuhrkosten, sinkende Arbeitsleistung, Verdrängung der Arbeitszeit); Textilgewerbe (Beschäftigungsrückgang in den schächsten, mittelständischen und reichlichen Bezirken, Baumwollindustrie); Buchdruck (Statistische Erhebungen über die Lage der Verleger im Jahre 1900); Häutliche Dienste (Dienstbotenbewegung in Berlin). — Statistisches Monatsmaterial: Wetterbericht. — Arbeitsnachweise. — Krankenkassen. — Straßverzeichnisse für Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Schweiz. — Verwaltung der Arbeitsnachweise: Der Arbeitsnachweiser Dr. Stabach auf der Düsseldorfener Gewerbe-Ausstellung. — Hoch-Arbeitsnachweise. — Reformvermittlung in Frankfurt am Main. — Auswanderungsvermittlung im Arbeitsamt Mainz. — Eisenbahn-Fragen: Fahrpreiserhöhung für sächsische Arbeitsnachweise. — Literarische Neuerscheinungen. — Besätze: Mitteilungsberichte des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise nebst zahlenmäßigen Angaben über April 1902.

Von der Gütte, Zeitschrift für das Volk und seine Jugend (Dresden, Verlag v. Wollsch) ist soeben das vierte Heft erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Sieg des Schwachen. Erzählung von Helmut Meier. (Fortsetzung). — Morgenwind. Gedicht von Paul Dreyer. — Der Korrentklop. Ein Gedicht. Von Rudolf Krafft. (Fortsetzung). — Alder Lang. Gedicht von Peter von Bismarck. — Die Infektionskrankheiten. Von Dr. Poppe. — Das neue Evangelium. Von Julian Vorkardt. — Fahrten im Volk. Von John Schilowski. — Juchend. Märchen von Karl Gwold. — Brief von Uebe. Von R. v. Döbner. — Vom Porpetuum mobile. Von Dr. — Belgien. Von Spectator. — Stordensbotenschaft. Gedicht von Edward Mörike. — Trost. Novelle von Alexander v. Steffan. (Schluß). — Politik. — Kirchliche: Brief von Uebe, Laßt die Kindlein zu mir kommen.

Die Chemische Industrie. Heft 10 der „Eingelbarstellungen“, gesammelt vom Handelsvertragsverein. Von Dr. Alfred Jungblut.

Die Baumwool-Industrie. Heft 9 der „Eingelbarstellungen“, gesammelt vom Handelsvertragsverein. Von Dr. Kurt Kump.

Die Kongo-Akte und der Freihandel von Chr. v. Bornhaupt. Vortrag, gehalten in der Abteilung Berlin-Charlottenburg der Deutschen Kolonial-Gesellschaft. Verlag von D. Reimer, Berlin.

Die soziale Frage und das Prinzip der Solidarität. Von Dr. Gustav Dingeldey. I. Band: Grundlegung. Person's Verlag, Dresden und Leipzig. Preis 1,50 M.

Verband des techn. Bühnen-Personals.

Sonnabend, 17. Mai, abends 11 Uhr, Neue Hoffstraße 3:

Verammlung

Tages-Ordnung:

1. Wie stellen sich die Kollegen in betref der Stützunterstützung?
 2. Zur Gründung einer Bibliothek?
 3. Verbandsangelegenheiten, Abrechnung vom Radtenball und Verschiedenes.
- Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vorstand.

Achtung! Achtung!
Centralverband deutsch. Brauereiarbeiter.

Zweigverein Berlin. Sektion der Brauer.

Die Maiversammlung findet am 18. d. M. nicht statt. Die Mitglieder werden dringend ersucht, ihre Beiträge pünktlich zu entrichten. Mitglieder, welche beim Schluß der Märzereisampagne ausgefallen sind und länger als 2 Monate mit den Beiträgen im Rückstand sind, verfallen den Bestimmungen des § 22 des Verbandsstatuts. Derselbe trifft auch für den Fall einer Entziehung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung kann in diesen Fällen also erst nach Ablauf der im § 22 genannten Frist ausbezahlt werden. — Darum Kollegen, zahlt die Beiträge pünktlich.

Der Vorstand. F. v. J. G. H. d. a. p. p., Vorf., Weihenher, Vorsitzr. 13.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15:

Sitzung der Orts-Verwaltung.

Central-Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. Zahlstellen Berlin und Umgegend.

Sonnabend, den 17. Mai, bleibt das Bureau von 4 Uhr nachmittags ab geschlossen.

Die Lohnkommission.

Medizinischer Ungarwein

stian	0,90-2,90
Ober-Ungar, herb	1,25-2,25
Portwein	0,90-5,40
Sherry, Madeira, Malaga	1,00-5,40
Samos	0,75
Vermuth-Wein	0,90
Moselwein	0,45-2,75
Rheinwein	0,60-3,90
Deutscher Rotwein	0,50-1,25
Bordeaux-Wein	0,90-3,90

exkl. Flasche, welche mit 10 Pf. berechnet und zurückgenommen wird.

Zu haben auch in unseren ca. 300 Niederlagen.

Nicht Zusagendes wird zurückgenommen.

Bestellungen frei Haus bitten an uns direkt zu richten.

Hermann Meyer & Co., Wattstr. 11/12.

Fernsprecher Amt III No. 3524. 4145L*

Ernst Höflich
Konzert-Garten Ball-Salon

Friedrichsberg, Frankfurter Chaussee 120.

An allen drei Pfingstfeiertagen:

Großes Künstler-Konzert u. Gala-Specialitäten-Vorstellung.

Am 2. und 3. Feiertag:

Grosser Ball.

Anfang 4 Uhr. 41782*

Café Bellevue - Rummelsburg am See.

Eröffnungsfest des vollständig neu renovierten Stadtliegnens.

Großer Schattiger Garten bis 5000 Personen fassend. Angenehmer Aufenthalt.

Am 1. und 2. Pfingstfeiertag:

Gr. Früh- u. Nachmittags-Konzert.

In den Sälen: Grosser Ball, 2 Regalbahnen.

Die Kaffeeküche steht den geehrten Herrschaften von 2-6 Uhr zur Verfügung. Gute Küche. Kolonial-Verwaltung.

F. V.: Friedrich Duschow.

Steglitz. Birkenwäldchen. Steglitz.

Zuhaber E. Felsch.

Gedehnt und schönst. Vergnügungs-Etablissement von Berlin und Umgegend. 20 000 Personen fassend. Von Berlin mit der Wanneseebahn bequem für 10 Pf. zu erreichen. 41644*

1. und 2. Pfingst-Feiertag:

Grosses Früh-Konzert.

Anfang 6 Uhr. Entree 10 Pf. Kinder frei.

Nachmittags 4 Uhr:

Grosses Militär-Konzert.

Beide Konzerte angeführt von dem Trompeten-Corps des I. Garde-Mannregiments. Dirigent L. Löser.

Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf. Kinder frei.

3. Pfingst-Feiertag:

Grosses Monstre-Feuerwerk

angeführt von den Kunst-Feuerwerkern Herren Zeldner und Jastrow, sowie

Militär-Konzert.

(Obige Kapelle.)

Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf. Kinder frei.

An allen 3 Feiertagen ab 4 Uhr:

Im eleganten Saal **Ball.**

Große Kaffeeküche. 3 Regalbahnen. Weiblicher-Pavillon.

Kiefen-Volkswiese. — Tummelplätze etc.

Charlottenburg. Volkshaus, Hofstr. 3.

Am 1. Pfingstfeiertag: **Grosses Frühkonzert,**

berichtet vom Gesangsverein Vorwärts (Mitgl. des K. S. V.).

Um rege Beteiligung ersucht **Das Komitee.** (65/15*)

Billigste, Beste
Strohhüte

Binsen-Hüte



weiss mit schwarzem Rand . . . **90 Pf.**

Palm-Hüte

weiss mit schwarzem Rand **1.25 M.**

Kniff-Hüte



weiss und farbig **65 Pf.**

Besonders günstige Abschlüsse

ermöglichen obige erstaunliche Angebote.

Baer Sohn

Chausseestrasse 24a-25, Brückenstrasse 11.



Berlins grösstes **Specialhaus:**

Teppiche

Prachtst. a 3,75, 5, 8, 10-300 M.
Stets Gelegenheitskäufe in Teppichen, Gardinen, Portieren, Möbelstoffen, Tischdecken etc.

Pracht-Katalog mit ca. 450 Abbildung.

sowie **Extra-Liste**

i. bes. Gelegenheits-Angebote

gratis und franco.

Emil Lefevre

Berlin S., Oranienstr. 158.



Kraft-Rothwein für Blutarmer u. Kranke ärztlich empfohlen

Fl. 150 u. 2 M. Überall zu haben

empfiehlt Dr. von Walek.

Vonfenst. Apotheke, Köpenickerstr. 119.

Ap. z. weiss. Hirsch, Bellevuestr. 12.

Reichsadler-Ap., Gr. Frankfurterstr. 184.

Borussia-Ap., Schönberg, Hauptstr. 141.

Diana-Apotheke, Tarnstr. 28.

Urban-Apotheke, Urbanstr. 118.

Fellers Apotheke, Köpenickerstr. 32.

Immanuel-Apoth., Prenzlauer Allee 15.

Minerva-Ap., Charlott., Bülowstr. 81.

Arco-Apotheke, Am Arco-A-Platz.

St. Markus-Apotheke, Markstr. 1.

Wrangel-Apotheke, Wrangelstr. 108.

Fürst Bismarck-Apoth., Cappelnerstr. 38.

Hansa-Apoth., N.W., Hut-Gasse 10.

Schäfers Apotheke, W., Reichstr. 34.

Litzow-Apoth., W., Am Litzow-Platz.

Lichtenberger Apotheke, Dorfstr. 113.

Adler-Ap., Tempelhofer, Berlinerstr. 114.

Dr. Simmel, Prützenstr. 41.

Specialarzt für 22/5*

Haut- und Haarleiden.

10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Mente's „Volksgarten“

Röderstrasse, zwischen Hohenzollern u. Seeterrasse.

Sonntag, den 8. Juni:

Volkfest

arrangiert

222/12

von den Parteigenossen in Tichtenberg.

Restaurant „Ravenstein“

15 Minuten vom Bahnhof Friedrichshagen.

Nach dem Brande wird der Betrieb in meinem herrlich im Walde gelegenen Gartenlokal nach wie vor aufrecht erhalten. — Vorzügliche Speisen und Getränke. — Auschank der Berliner Bad-, Brauerei.

Carl Eckert.

Grosse Dampfer-Extra-Fahrten.

Am 1. und 2. Feiertag:

I. Nach **Neue Mühle** und **Wolterdörfer Schiene**.

Abfahrt 9 Uhr. Fahrpreis hin und zurück 1 M.

Am 1. Feiertag:

II. **Bromenadenfahrt** nach dem **Müggelsee**.

Abfahrt früh 5 1/2 Uhr. Fahrpreis hin und zurück 0,50 M.

III. Am 2. Feiertag: Nach **Tempis**.

Abfahrt 7 Uhr. Fahrpreis hin und zurück 2 M.

IV. Am 3. Feiertag: Nach **Wolterdörfer Schiene**.

Abfahrt 9 Uhr. Fahrpreis hin und zurück 1 M.

V. Nach **Gaukels Ablage**.

Abfahrt 2 Uhr mittags. Fahrpreis hin und zurück 0,50 M.

Abfahrt von der **Stralauerbrücke** an der **Waisenbrücke**:

Station Kahn & Herzer.

Billets sind an Bord der Dampfer zu haben. [41692*]

Herm. Herzer, Schiffschiffstr. 6.

Telephon Amt IV, 6718.

Louis Kahn, Stralau, Lüneburger Str. 34.

Telephon Amt VII, 580.



P. Selbiger **Vishwarranjan**
Landsbergerstr. 40 Ecke Liehmannstr.

Diese **Woche extra billige Preise.**

Herrenstiefel in schwarz und farbig, Zug-, Schnür-, Schaff- und Schnallenstiefel, gut und dauerhaft,
4,90, 5,40, 6,30, 7,20 Mark usw.

Damenstiefel zum Schnüren und Knöpfen in schwarz, braun und oxblut von den einfachsten bis zu den elegantesten mit **Louis-quinze-Absätzen**,
4,35, 4,90, 5,35, 5,90, 6, 7,50 Mark usw.

Kinderstiefel zum Schnüren und Knöpfen in allen modernen Farben in allen Preisen.

En gros - Rohtabak - En detail
Alle Sorten in großer Auswahl zu den äußersten Preisen. 41089*
Rud. Vöcker & Sohn, Berlin, Köpenickerstr. 45.



Unsinn ist Viel Geld

für Hüte auszugeben, man erhält auch zu billigen Preisen gute Sachen, wenn man die richtige Bezugsquelle kennt. [35192*]
Knabenfilzhüte 0,75-3 M.
Herrenfilzhüte, weich 1,75-5,25
Reif 2,00-5,25
Cylinderhüte 4,00-12,00
Chapeaux claires 7,00-10,00
im Einzelverkauf bei **Arnold & Eggert**
Dut-Ungar-Weiß
Waldeemarstr. 44, part.,
Kein Laden.

Extra-Angebot!

Wir verabfolgen **Freitag und Sonnabend** bei einem Gesamt-Einkauf von

Mk. 5,00

¼ Dutzend Visit

Mk. 10,00

¼ Dutzend Visit

Mk. 15,00

¼ Dutzend Cabinet

Mk. 20,00

¼ Dutzend Makart

Gratis-Photographie-Bons.

Vorzugspreise

in:

Herren-Garderobe
Wasch-Anzüge für Knaben
Farbige Herren-Oberhemden
Kragen und Krawatten
Herren-Filz- und Strohhüte

Cigarren:

Marga . . . 4 ½ Pf. | Modjo . . . 6 Pf.
Cardinal . . 5 Pf. | Lord . . . 7 ½ Pf.

Beim Einkauf von ein Dutzend werden 13 Stück verabfolgt.

Spazierstöcke
Touristentaschen
Handschuhe
Strümpfe
Schuhwaren

Warenhaus Wilhelm Stein

N., Chausseestrasse 66.

Aushändigung der Photographie-Bons **nur am selben Tage** gegen Abgabe der gestempelten Kassenzettel in der photographischen Abteilung.

H. Esders & Dyckhoff

LEIPZIGERSTRASSE 50^a • ECKE JERUSALEMSTRASSE • AM DÖNHOFPLATZ

Herren- und Knaben-Bekleidung, fertig und nach Maass. * Herren- und Knaben-Sport- und Mode-Artikel.

Unsere Verkaufsräume sind am Freitag, den 16. Mai, und am Sonnabend, den 17. Mai, von morgens 8 Uhr bis abends 10 Uhr geöffnet.

ZWEIG-GESCHÄFTE:

Paris:

Centrale: Rue Montmartre
II. Geschäft: Rue Turbigo
III. Geschäft: Rue Rivoli
IV. Geschäft: Rue Pont-Neuf

Hamburg, Frankfurt a. M., Köln a. Rh., Dresden, Elberfeld, Antwerpen, Gent.

London:

Centrale: Aldgate corner of Minories
II. Geschäft: New Oxford Street
III. Geschäft: Borough High Street
IV. Geschäft: Rye Lane

Eigene Einkaufshäuser in Hamburg und London.

Jedes **5 Pfennig.**
Wort: **5** Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in dem Annahmestellen für Berlin bis 3 Uhr, für die Vorort bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Brunnstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Berort-Baustellen. herrlich gelegen, Straßenplanke in Arbeit, Quadratmeter 8 Mark, halbe Anbahnung, verkauft Hausverwaltung, Blumenstraße 151. 26295*

50 kleine Porzellan. Beste 6 bis 8 Mark, mit auch ohne Bild, gesunde Lage, Berort, erste Station hinter Busch, 10 Minuten vom Bahnhof, verkauft Jöres in Bepernitz. 1*

Vorjährige elegante Herren-Anzüge und Sommerpaletots aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonntag und Sonntag, Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21, II.

Hosenberg, der billige, Kottbuserdamm 93, verkauft Knabenanzüge in enormer Auswahl (spottbillig). Burschenanzüge in unerhörter Auswahl.

Hosenberg, der billige, Kottbuserdamm 93, verkauft Mädchenkleider, Mädchenjackets in enormer Auswahl spottbillig.

Hosenberg, der billige, Kottbuserdamm 93, schreibt sämtliche Reste, die bei ihm gekauft werden, groß zu Tische für Herrenanzüge, Stoffe zur Damenkonfektion, Sammet und Elze.

Hosenberg, der billige, Kottbuserdamm 93, verkauft Damenanzüge in enormer Auswahl spottbillig. Damenanzüge 1,00, 1,50, 2,00. 11538*

Hosenberg, der billige, Kottbuserdamm 93, verkauft Damenanzüge in enormer Auswahl spottbillig.

Wichtig! noch genauer polierfähige Porzellan sowie alle Wirtschaftsgüter bei Jordan. Kleine Marktstraße 28. 11578*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Große Auswahl in Knabenanzügen, Joppen, einzelnen Hosen, Caps und Kollimäntel, Sammet und Seide. Auswahlen groß. Mehrere Konsumverein Südost, Viehgesch. Sorauerstraße 30, Wittenau, kein Baden. *

Tuchstoffe spottbillig, Kochener Fabrikate, Hohensteinweg 15, Hof. *

Weiche Herrenhüte gute Qualität, Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Dutzfabrik, Comptoir Kaiserstraße 25A, früher Barnimsstraße 4 und 5. Sonntag geöffnet. 10889*

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Sackfischermarkt 4, Bahnhof Börse. 11177*

Teppiche, gute Qualität, kleine Webfehler, alle Größen, spottbillig, Fritz Storch, Röhrenstraße 17.

Spottbillig! Teppiche, Betten, Steppdecken, Repetieruhren, Regulatoren, Sommerpaletots, Gardinen, Veranda, Neanderstraße 6. Zahlungsanstellungen. 21/12*

Bettstellen mit Matratzen, 60 Sofa und Salongarnituren, sowie andere Möbel stehen preiswert zum Verkauf, auch gegen Teilzahlung, Marktstraße 5, Wittenau, Tischler. 26348*

Pianino, Schwedisch, wenig gebraucht, sofort, billig verkauft, Ritterstraße 120 I beim Bild. 127*

Kinderwagen, gut erhalten, billig, Walter, Fischerstraße 12. 26118*

Fahrräder, nur gute und Reparaturen macht Carl Reiche, Große Frankfurterstraße 123. 25206*

Rahmmaschinen, Fahrräder, verfallene spottbillig. Mehrere Auswahl. Pianoforte Alexanderstraße 73. *

Verfallene Pländer. Zum bevorstehenden Pfingstfest goldene Uhren, Klinge und andre Goldsachen, wie Ketten jeder Art, sauber und schön, werden billig verkauft; auch alte Goldwaren in Zahlung genommen in der Pfandleihe Prinzenstraße 28, I, Gde Ritterstraße. 26415

Waslöcher! Zweifach-Waslöcher! 3,00, Geschlossene Waslöcher! 5,00, Was-Bratosen! 7,00, Was-Blättchen! Was-Bügeleisen! billig! Wollwäcker, Wollwäcker-Theaterstraße zweiunddreißig.

Cigarren aus rein überseeischen Tabaken, Weiße Mark 30, 34, 42, 48, 60, Preisbescheid, enthaltend 20 Stück jeder Sorte, 4,80 franko. Heinrich Weiland, Cigarrenfabrik, Reiche (Wittenau). 11456*

Teppiche mit Gardinen, Repetieruhren, Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

6 Mark elegante Alpen- oder Ostalpenmäntel. Salomonshy, Weberstraße 60 III. 26546

Möbel-Geliebigkeit. Beim Antiquar Otto Vidler, Wittenaustraße 25 (Bahnhof), stehen zum spottbilligen Verkauf neue gebogene und wenig gebrauchte Einrichtungen, ein Vorken Säulenstuhl aus 30,00, Salonstühle 20,00, Binnentisch 8,00, Tischstühle, Salongarnituren, Pianos, Sofas, Ruhebetten, Büffets, Schreibtische, Bücherregale, Salonbilder, gestickte Überzüge, Divanbetten, Stühle, Steppdecken, Salongarnituren, Tischstühle 5,00. Verschiedene Gelegenheitskäufe. Gefasstes Lager unentgeltlich. 11578*

Kinderwagen, gut erhalten, verkauft Dittmer, Vauherstraße 33.

Schankgeschäft veräußert Röhren, Juliusstraße 20. 25226*

Paragelienauswahl, sprechbegierige arabe 18,00, vielstimmende Amazonen, Angerstraße. Richter, Drantenstraße 87. 26496*

Kingfish, Bobbin, Adler, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Vielerlei sofort. Postkarte genügt. Köpenickerstraße 60/61, Landwehrerstraße 82, I. 1489*

Gebirgsräder, elegant, spottbillig, Thiel, Dickschlagplatz 8. 26458

Fahrräder, elegant, spottbillig, Pfandleihe Köpenickerplatz 7. 1100*

Plattgeschäft frankheitshalber sofort billig zu verkaufen. Kommtenerstraße 2. 1104

Vermischte Anzeigen.

Rechtsbureau Hübisch, Andreasstraße dreizehn, Rechtshilfe, Eingabengeld, Notariatsleistungen 29048*

Unfallsachen, Klagen, Eingaben, Reklamationen, Puffer, Steplagerstraße 65. 25425*

Kostenfreie zahnärztliche Behandlung, Zahnärztliche Zahnärztliche Poliklinik, Chausseestraße 1a. 11558*

Augusta-Bad, Köpenickerstraße 60, Bäder jeder Art für sämtliche Krankheitsfälle. 11298*

Uhren-Reparaturwerkstatt Wilhelmstraße, Bismarckstraße 20. 1143*

Fahrräder repariert billigst, Zimmer, Andreasstraße 70. 26198

Achtung! 20 Mark loyale der Augustin, wer Stoff liefert. Für eleganten Sitz Garantiert. Aufmerksam, Annenstraße 2. 25485*

Kunstschere von Frau Hofmann, Steinwegstraße 48, Quergebäude hochparterre.

Leihhaus D. Graf, Deutshofstraße 6, Coullan, Discretion, Respekt. *

Bibelfest! Wer sich über diese ungeliebte Grausamkeit seiner Zeit unterrichten will, verlange die Kingfisherblätter des Weltbundes gegen Wobstfession, welche unentgeltlich verschickt werden vom Berliner Tiergartenverein, Königgrüderstraße 108. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 161b*

Gahmann, Grünbinderstraße 68, Gde Badstraße, Destillation und Alkohol, Vereinszimmer. Telefon III, 7815. 18815

75 Pfennig! Steuerberatung, Eingabengeld, Notariatsleistungen, Klärung Schenkungen, Willkürsachen, Kaufverträge, Zahlungsbelege, Gerichtsverfahren, Duffow, Stallgerstraße 141. 26576

Etscheldungs-, Rechtsfachen, Unfall - Beratung! Notariatsleistungen! Unionstraße 36. 1145/6

Rechtsbureau, Prozeßbehandlung, Eingabengeld, Notariatsleistungen, Brunnenstraße vierzig. 26619

Vermietungen.

Zimmer, möbliert, für Herrn, Gartenansicht, Brunnenstraße 16, drittes Portal, II. Zimmer. 26426

Möbliertes Zimmer (Schlafstelle) separat, an Herrn sofort oder später, Reichbergerstraße 144, Quergebäude III, Müller. 1147*

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle für zwei Herren, verleiht, Scholz, Reichbergerstraße 133, hinter Seitenhügel II. 26569

Arbeitsmarkt.

Stellensuche.

Blinder Stuhlrechter bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen gestochen, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Rusastraße 27, H. Gilder.

Stellenangebote.

Tüchtige Belegier verlangt Goldleihenfabrik Alexanderstraße 25.

Am Arbeitsmarkt durch **besonderen** Druck **hero** **erhöbende** **Anzeigen** **kosten** **10 Pf.** **pro** **Zeile**

Existenz!

Gewandte **Damen** **und** **Herren** werden für ein neues patent Zug- und Reklamemittel, passend für alle Geschäfte in Konsum-Artikeln, gegen hohe Provision in allen Städten gesucht. Offerten an Verlag „Für Stadt und Land“, Berlin, Wilhelmstraße 133. 2655b

Detachure, **Färber,** **Wäscher** gesucht. Gehr. Ritterbergs Färberei, Wittenau. 1127*

Achtung! Holzarbeiter!

Geleert sind folgende Werkstätten: Debe u. Co. Großberrenstr. 64. Tischler und Maschinenarbeiter. Schmidt u. Hertmann, Fischerstr. 6. Grün u. Götting, Gneisenstr. 44/45. Wegner, Wittenau. Die Erbverwaltung.

Lokales.

Die Stadtverordneten-Versammlung

Hatte in ihrer gestrigen Sitzung wieder eine lange Reihe von Vorlagen zu erledigen, unter denen sich mehrere sehr wichtige befanden.

Der von allen Fraktionen, auch der sozialdemokratischen, gestellte dringliche Antrag, für die durch den Vulkanausbruch in Rot geratene Bevölkerung der Antillen 40 000 Mark zu bewilligen, wurde nach kurzer Begründung durch den Vorsitz der sozialdemokratischen Fraktion, wie es die Geschäftsordnung vorschreibt, der Antillen wurde aber sofort ernaunt, trat noch im Laufe der Sitzung zu einer kurzen Besprechung zusammen und erstattete sodann seinen Bericht. Die 40 000 M. wurden darauf ohne Debatte bewilligt.

Auch der vor vier Wochen eingelegte Antrag, der über die Unterstützung der durch das Unwetter vom 14. April in Berlin geschädigten Personen zu beraten hatte, erstattete seinen Bericht. Er empfahl, den betroffenen Personen nicht Schadenersatz, sondern nur Beihilfe zu gewähren, und beantragte, zu diesem Zweck 60 000 M. bereit zu stellen. Auch hier wurde ohne Debatte nach dem Vorschlag des Ausschusses beschlossen. Die eingegangenen und geprüftem Gesuche werden dem Magistrat überwiesen. Hoffentlich läßt dieser die Geschädigten nun nicht noch länger auf die Hilfe warten.

Der Plan einer baulichen Erschließung des Geländes der ehemaligen „Vorsigstraße“ ist von dem Ausschuss, dem die betreffende Magistratsvorlage überwiesen worden war, in einigen Punkten geändert worden. Von sozialdemokratischer Seite war unter anderem gefordert worden, der Aktiengesellschaft, die jetzt als Besitzerin des Geländes gilt, auch die unentgeltliche Herabgabe eines Gemeindefulgrundstückes zur Bedingung zu machen. Genosse Vorkmann wies gestern in seiner Begründung dieser Forderung auf den interessanten Umstand hin, daß das Vorhandensein einer Schulnot in Noabit im Ausschuss zunächst bestritten worden war, aber dann vom Stadtschulrat selber zugegeben werden mußte. Vorkmann beleuchtete auch die Art, in der die Grundstückspreise da draußen durch die Firma Vorsig künstlich in die Höhe getrieben worden sind. Für die unentgeltliche Herabgabe eines Gemeindefulgrundstückes trat schließlich bei der Abstimmung auch unsere Genossen ein. Als Vorsitzender der Gegner hatte sich besonders Herr Wallach hervorgetan. Es schmerzte ihn, daß der Grundbesitz der Gesellschaft in dieser Weise belastet werden sollte; aber er verdrang seinen Kummer hinter der treuherzig klingenden Versicherung, daß er die Wohnungen nicht verteuern lassen wolle.

Der Bau der eisernen Brücke war vor Jahren vertagt worden, weil von den Staatsbehörden keine bestimmte Erklärung darüber zu erlangen war, ob die Straßenbahngeleise hinter dem Viehhause erhalten bleiben sollten oder nicht. Die Stadtverordneten-Versammlung hatte erklärt, daß sie warten könne. Der Magistrat scheint aber keine Lust zu haben, noch länger zu warten — über die Gründe darf man allerlei Vermutungen haben — und verlangt nun von der Versammlung, zunächst wenigstens das Bauprojekt zu genehmigen. Von unserer Seite traten Vorkmann und Vorkmann für Ablehnung des Projektes ein, aber die Mehrheit beschloß die Überweisung an einen Ausschuss. Sie wird, wenn erst das Projekt genehmigt ist, dem Magistrat auch im Punkte der Kostenbewilligung ihre Unterstützung nicht versagen und Arm in Arm mit ihm wieder einmal nutzlos vor der Regierung zurückweichen.

Die Beschlußfassung über die Abänderung des Gewerbegerichts-Statuts wurde vertagt. Die Freunde der Hirsch-Duncker'schen Gewerbevereine erklärten, sie hätten noch nicht Zeit gehabt, die Vorlage zu studieren. Die Gewerbegerichts-Kommission, durch die diese Abänderung ermöglicht wird, ist ziemlich ein Jahr alt. Da könnten die Herren allmählich mit der Materie vertraut geworden sein. Die von ihnen durchgeführte Vertagung schiebt selbst die wenigen Verbesserungen, die jetzt möglich sind, wieder noch um einige Wochen hinaus.

Pastoren über das Familienleben der Sozialdemokraten.

Von den Straßpredigern, die die Geistlichen Berlins auf den diesjährigen Synodalversammlungen zum Besten gegeben haben, hat schließlich auch die Sozialdemokratie wieder ihr Teil abbekommen. Auf der Kreisynode Berlin II sind bei der Berichterstattung über die kirchlichen und sittlichen Zustände des Synodalbezirks die Mängel der Kindererziehung gestreift worden. Hier „trage die Sozialdemokratie insofern eine große Schuld, als die Kinder von den Eltern die Verachtung der Autorität und Pietät sähen und natürlich auch lernten“.

Es ist wahr, daß wir Sozialdemokraten mancherlei sogenannte „Autoritäten“ in ihrer Nichtigkeit erkannt haben. Die Pastoren gehören selber zu den „Autoritäten“, von denen wir uns nicht imponieren lassen. Das mag den hochwürdigen Herren schwerlich sein, aber sie müssen es eben leiden. Auch das ist wahr, daß wir die Erkenntnis der Nichtigkeit gewisser „Autoritäten“ auch in unseren Kindern zu rechter Zeit zu wecken suchen. Wir halten das aber nicht für einen Mangel, sondern gerade für einen Vorzug der sozialdemokratischen Erziehungsweise.

Was die angebliche Verachtung der Pietät betrifft, so nehmen wir an, daß hierbei an die Pietät gegen die Eltern gedacht wird. Diese ist aber in sozialdemokratischen Familien um nichts geringer als anderswo. Wir kennen Sozialdemokraten, denen von ihren Kindern ein solches Maß von Liebe und Achtung entgegengebracht wird, daß mancher Pastor stolz darauf sein dürfte, wenn ihm selber ein Gleiches von seinen Kindern geschähe.

Im allgemeinen sprechen die Geistlichen von dem Familienleben der Sozialdemokraten so, wie der Wilde über die Farbe. Für die Kirche und ihre Diener ist es allerdings viel weniger leicht, sich über uns und unser Familienleben ein zutreffendes Urteil zu bilden, als über das Treiben in den Tingeltangeln, gegen das ja ebenfalls auf den Kreisynoden gedonnert worden ist. Bezüglich der Tingeltangel werden die Herren Pastoren oder ihre Agenten, um mitzureden zu können, zweifellos das Opfer gebracht haben, die erforderlichen Studien an Ort und Stelle zu machen. Aber dieselben Leute, die in den Tingeltangeln wahrscheinlich — wie jeder andre Gast — mit offenen Armen aufgenommen worden sind, werden von sozialdemokratischen Arbeiterfamilien, wenn sie an diesen ihre Mission ausüben wollen, in der Regel so rasch wieder hinauskomplimentiert, daß ihnen hier gar keine Zeit zu Beobachtungen und Studien bleibt.

Die Berliner Fortbildungsschulen. Die alljährlich erscheinende Uebersicht über das Berliner Fortbildungs- und Fachschulwesen ist aufs neue herausgegeben worden. Dies Ereignis veranlaßt auch jetzt eine Anzahl Blätter, die Leistungen dieser städtischen Einrichtungen lobend zu erwähnen. Es ist auch von uns wiederholt betont worden, daß die Fortbildungsschulen bei der von der städtischen Verwaltung so viel gerühmten Freiwilligkeit des Besuches keine besseren Resultate erzielen können, als die, die gegenwärtig vorliegen. Auf keinen Fall aber kann aus den mitgeteilten Zahlen etwa gefolgert werden, daß der Zwangsunterricht nicht notwendig sei. Im Gegenteil beweist der Inhalt des Buches die Notwendigkeit des obligatorischen Unterrichts. Bekanntlich kann durch Ortsstatut der Zwang zum Besuch der Fortbildungsschule für alle männlichen Arbeiter unter 18 Jahren, soweit sie der Gewerbe-Ordnung unterliegen, ausgesprochen werden.

Nach der Schätzung des Magistrats beträgt die Zahl dieser jungen Leute in Berlin einige vierzigtausend, und diese Zahl entspricht auch annähernd der aus den Berliner Gemeindefulgrundstücken während der letzten vier Jahre entlassenen Schülerzahl. Nach der gegebenen Uebersicht betrug die Gesamtzahl der Fortbildungs- und Fachschüler im Januar 1902: 29 390, wonach würden etwa 10 000 junge Leute des Unterrichts entbehren. Diese Anzahl ist gewiß nicht gering, aber sie stimmt nicht einmal mit den angegebenen 29 390 Schülern überein, die zunächst 1015 abzugeben, die die Fortbildungsanstalten besuchen. Die Fortbildungsanstalten sind für solche in einem praktischen Berufe stehenden Personen bestimmt, welche die einer Mittelschule entsprechende Bildung erwerben, befestigen oder ergänzen wollen. Von den ehemaligen Gemeindefulgrundstücken werden nur wenige diese Anstalten besuchen können. Ferner geben aber 15 983 Schüler ab, die nur am Fachunterricht teilnehmen, so daß nur 12 442 Schüler die Fortbildungsschulen für Jünglinge besuchen. In diesen Schulen aber wird der Unterricht so erteilt, wie annähernd auch in der Zwangsschule. Die Behauptung ist also vollkommen berechtigt, daß der Elementarunterricht gegenüber dem Fachunterricht benachteiligt wird. Dieser Zustand mag dazu angetan sein, gute und tüchtige Arbeitskräfte heranzuziehen, schließlich soll doch aber eine gute Schule nicht nur diesen einen Zweck verfolgen, sie soll vielmehr auch ihre erzieherische Aufgabe erfüllen und darauf abzielen, in den jetzigen Berliner Fortbildungsschulen. Leider ist die in der Uebersicht gegebene Statistik äußerst mangelhaft. So ist nicht einmal aus ihr zu ersehen, wie viel Schüler abgegangen und wie viele neu hinzugekommen sind; sie enthält auch nichts über das Alter der Schüler. Es kann also lediglich konstatiert werden, daß seit dem Vorjahre die Zahl der Schüler um 2467, die Zahl der Lehrlinge um 2880 und die Zahl der Teilnehmerinnen an sämtlichen städtischen und privaten Mädchen-Fortbildungsschulen um 430 gestiegen ist.

Es fehlt in der Uebersicht leider auch jeder Nachweis über die Regelmäßigkeit des Besuchs der Unterrichtsstunden; der Mangel eines solchen Nachweises wird gerade an der freiwilligen Fortbildungsschule lebhaft beklagt.

Das Unwetter vom 14. April d. J. hat die städtische Tiefbau-Verwaltung veranlaßt, besonders für den Norden einige Verbesserungen einzuführen und noch weitere Notauslässe zu bauen. Die Pläne sind schon aufgestellt. Die Kosten sind auf 600 000 M. veranschlagt. Der Stadtverordneten-Versammlung wird in der nächsten Zeit eine Vorlage zugehen. Bei den Feststellungen der Schäden hat sich ergeben, daß ein Teil der Grundstücks-Ueberschwemmungen von den Besitzern bez. Verwaltern selbst verschuldet worden ist. Es ist erwiesen, daß 55 Grundstücke das Wasser nicht von außen, sondern von innen infolge von Mängeln an den Innen-Entwässerungsanlagen und durch Fehlfälligkeit erhalten haben. Zum Teil sind die Ueberschwemmungen dadurch veranlaßt, daß entweder der Dadel des Inspektionsloches offen oder defekt gewesen ist, daß bei den Kellerabwässerungen die erforderlichen Abflusseinrichtungen fehlten oder ungenügende Klostereinrichtungen vorhanden waren. In allen diesen Fällen tragen die Grundstücksbesitzer die Verantwortung. In den Fällen, die infolge der Hilfsaktion der Stadtgemeinde wegen Beschisse beim Magistrat und Stadtverordneten eingegangen sind, sind die Gesamtschäden mit rund 300 000 Mark bewertet worden. Sie verteilen sich auf 40 Stadtbezirke. Viele der Geschädigten sind bemittelt, nur ein Teil ist noch dem offiziellen Bericht unbenutzt und in der Erstickung bedroht. Von den Grundbesitzern sind bis jetzt rund 7000 M. zur Verfügung gestellt worden. Diese Summe wird nach dem Beschluß des Stadtverordneten-Ausschusses den Vereinen zur Entschädigung ihrer eigenen Mitglieder belastet werden. Von privater Seite sind 415 M., vom Präsidenten Krüger (Krausvaal) 500 M. eingegangen und aus Stiftungsmitteln sind 3700 M. gezahlt worden. Die Zahl der von kleinen Leuten eingegangenen Gesuche beläuft sich auf 231 mit rund 40 000 M. Entschädigungsansprüchen.

Große Aufregung über die Magistratsbesetzung betr. die Urlaubsbewilligung der Arbeiter und Handwerker berührt in den Kreisen der städtischen Arbeiter. Nicht allein die in 22 Filialen organisierten Arbeiter, nein selbst die besonders vereinigten Straßentüchtler und die jeder Organisation fernstehenden übrigen Beschäftigten, beabsichtigen, sich in Form eines gewaltigen Protestes gegen diese aller Billigkeit höhnischprechenden Besetzung zu wenden. In einer nach Pfingsten einzubrufenden Versammlung soll diese Angelegenheit besprochen und durch eine Resolution dem die Berliner Stadtverordneten ersucht werden, die Interessen der städtischen Arbeiter gegenüber dem Magistrat zu wahren.

Infolge der allgemeinen Einführung der Rückfahrkarten mit 45 tägiger Gültigkeit sollen in diesem Jahre die sog. Ferien-Sonderzüge nach Süddeutschland, nach Wien, zur Nordsee usw. eingeschränkt werden. Nach den Vorgesprächen zwischen den Bahnverwaltungen sollen nach München, Lindau, Austerlitz, Salzburg und Bad Reichenhall in diesem Sommer 4 Sonderzüge gefahren werden an Stelle von 9 im vergangenen Jahre. Die Züge fahren Freitag, 4. Sonntag, 5., und Dienstag, 13. Juli, sowie Freitag, 15. August. Sie gehen vom Anhalter Bahnhof am 4. und 5. 2 Uhr 35 nachmittags, am 15. Juli und 15. August 2 Uhr 45 nachmittags. Nach Frankfurt a. M., Straßburg, Colmar, Freiburg, Basel, Triebberg, Konstanz und Schaffhausen gehen an Stelle von 6 Zügen 4 an denselben Tagen wie nach München, und zwar am 4., 5. und 15. Juli vom Potsdamer Bahnhof 7 Uhr 35 oder 7 Uhr 55 abends, am 15. August vom Anhalter Bahnhof 8 Uhr abends. Nach Stuttgart wird wie im vorigen Jahre ein Zug am Sonntag, 19. Juli 2 Uhr 35 nachmittags vom Anhalter Bahnhof abgefahren. Nach Hamburg mit Anschlag nach Kiel, Glücksburg, Westerland, Wyl, Amrum, Helgoland, Nordsee, Juist, Vorkum etc. gehen statt 4 Züge 3, und zwar am Sonntag, 5. und Montag, 14. Juli, sowie am Donnerstag, 14. August. An jedem der genannten Tage geht je ein Zug vom Lehrter Hauptbahnhof 3 Uhr 20 nachmittags und 10 Uhr 35 abends.

Die Vertreter der Berliner Gemeindeverwaltung auf der diesjährigen deutschen Lehrerverammlung, die in den Pfingstfeiertagen in Chemnitz abgehalten wird, werden nach einem von der städtischen Schuldeputation in ihrer letzten Sitzung gefassten Beschluß die folgenden Personen sein: Stadtschulinspektor Dr. Fischer, Rektor Thurius (Leiter des Haushaltungs-Unterrichts an der 198. Mädchen-Gemeindefulgrundschule), Lehrer Ewald (Mitglied der Schuldeputation), Lehrer Höne (1. Vorsitzender des Berliner Lehrervereins), Lehrerin Fel. Wrenke (Inspektantin für den weiblichen Handarbeits-Unterricht an den städtischen Schulen), Lehrerin Fraulein Novius. Es ist dies das erste Mal, daß die Gemeindeverwaltung Berlins sich auf der deutschen Lehrerverammlung vertreten lassen will; ein bezügl. Besuch war von dem Vorstand des Berliner Lehrervereins an die Schuldeputation gerichtet worden. Einige andre Großstädte: Breslau, Leipzig, Königsberg, haben sich schon früher an den deutschen Lehrerversammlungen durch eigene Vertreter amtlich beteiligt.

Die beiden Bade-Anstalten des Berliner Vereins für Volkshäuser wurden im Verwaltungsjahre 1900-1901 von 239 388 Personen benutzt. Die Anstalt in der Wallstraße hatte einen Gesamtverkehr von 116 753; die in der Gartenstraße einen solchen von 122 635 Personen zu verzeichnen. In beiden Anstalten wurden verabsolgt: 164 297 Bäder (112 855 an Männer, 51 912 an Frauen) und 75 091 Brausebäder, wovon 73 806 von Männern und nur 1285 von Frauen genommen wurden. Die Einnahmen beider Anstalten betragen 49 202,05 M.; der Netto-Ueberschuß 10 382,07 M. Die Stadtgemeinde hat dem Verein zur Errichtung der beiden Volks-

badeanstalten seiner Zeit einen Zuschuß von 108 000 M. gewährt und die Grundstücke unentgeltlich hergegeben. Aus den erzielten Ueberschüssen hat der Verein als Verjüngung der genannten 108 000 M. im Berichtsjahre den Betrag von 3780 M. (3 1/2 Proz.) an die Stadthauptkasse abgeliefert. Die Damen- und Brausebäder I. Klasse sind in den beiden Bade-Anstalten seit dem 8. Mai 1900 beseitigt worden.

Die Postzel hat in diesen Tagen abermals den Staat vor dem „Simplificimus“ gewarnt. Die letzte Nummer des bekannten Blyblattes ist nämlich für den Straßenverkauf verboten worden, weshalb wohl man nicht, Ueber die unwillkürliche Kellame, die in solcher Maßregel steckt, wird ohne Zweifel auch vom „Simplificimus“ dankbar quittiert werden.

Im Gewerkschaftshause ist jetzt der an den Garten anschließende Teil des Restaurants zu einer Stehbierhalle, verbunden mit Frühstückstisch, eingerichtet worden. Da die gereichten Speisen gut und billig sind, der Restaurationsraum angenehm und freundlich ist, so darf wohl erwartet werden, daß die im Gewerkschaftshause verkehrenden Gewerkschaftler und Parteigenossen von der Neu-Einrichtung regen Gebrauch machen werden. Da in diesem Teil des Restaurants die weißen Tischtücher entfernt worden sind, so kann sich keiner mehr auf den Standpunkt stellen, daß für ihn das Restaurant des Gewerkschaftshauses zu „vornehm“ ist. Zudem kann sich jeder sein Bier selbst holen, so daß die Trinkgeldfrage auch nicht mehr in Betracht kommt. Es wäre durchaus wünschenswert, wenn die in den Bureaus des Gewerkschaftshauses verkehrenden Arbeiter dem „eigenen Heim“ etwas mehr Verständnis und Wohlwollen entgegenbringen wollten. Es wird von niemand verlangt, daß er etwas verzeht, wer aber Durst hat, kann ihn im Gewerkschaftshause, im „eigenen Heim“, ebenso gut löschen wie in den benachbarten Kneipen.

Den Tod auf den Eisenbahnschienen fand gestern der neunzehnjährige Arbeiter Fritz Kühn, der bis vor kurzem in der Schwarztopfischen Fabrik in Königswinterhausen beschäftigt war. Der junge Mann war früher auf der Wanderschaft gewesen und hatte bei dieser Gelegenheit seiner Mutter die ganzen Ersparnisse gestiftet. Um ihn nicht untergehen zu lassen, ließ ihn die Frau nach Berlin zurückkommen und verschaffte ihm Arbeit. Nachdem er sich um wieder etwas verdient hatte, hörte er am Sonnabend plötzlich auf, um das Geld zu verjubeln. Dann ging er zu seiner verheirateten Schwester nach Weihenau, um sich Unterstützung zu erbitten, wurde aber von seinem Schwager abgewiesen. Da ihm auch keine Mutter, die nur einen kleinen Raum bewohnt, weder Unterkunft noch Geld geben konnte, so ging er gestern abend kurz vor 8 Uhr weg, hielt sich eine Zeit lang auf der „Schwarzen Weide“ in der Turnstraße auf, ließ, als er einen Zug vom Viehhof kommen sah, die Böschung hinunter und warf sich unmittelbar vor der Maschine auf das Geleise. Der Zug ging über ihn hinweg und zermalnte ihn vollständig.

Auf einer Geschäftsreise erschloß sich gestern abend der Strickerbesitzer Hermann Träger aus Zehnhayn in Anhalt auf dem Grundstück Neue Friedrichstr. 21a. Der betagte Mann, der wohl schon an die 70 Jahre zählte, besuchte nachmittags die Garnfabrik von Ellich in dem genannten Hause und erledigte hier seine geschäftlichen Angelegenheiten, ohne daß man ihm etwas anmerkte. Beim Abchied sagte er, daß er in Berlin lebende Verwandte besuchen wolle. In Wirklichkeit aber ging er im Erdgeschoß des Hauses auf einen abgelegenen Ort und schoß sich eine Kugel aus einem Revolver in die rechte Schläfe. Als man ihn auffand, war er bereits tot. Was den alten Mann zu dem Selbstmorde veranlaßt hat, ist nicht bekannt.

„Frau Luna“ in der Karwoche. Die Ungünstigkeit der Vorhersage der Berliner Verordnungsverwaltung vom 19. März 1898 in ihrem § 12 Nr. 2b, welche das Theatervesen in der Karwoche und an den ersten Tagen der drei großen Feste betrifft, wurde gestern vor dem Ober-Verwaltungsgericht geltend gemacht. Nach dem § 12 sind in der Karwoche, ausgenommen den Karfreitag, und an den ersten Tagen der drei großen Feste nur die eigentlichen Theater hinsichtlich des Spielplans keinen Beschränkungen unterworfen. Dagegen dürfen an den festlichen Tagen in sogenannten Musiktheatern, Singspielhallen usw. usw., die nicht höheren Interessen der Kunst dienen, nur Aufführungen ersten Charakters stattfinden. Dem Baumeister Jiegara als dem Besitzer des Apollo-Theaters war für den Osterfesttagabend und den ersten Feiertag 1901 die Aufführung der Ausstattungs-Operetten „Frau Luna“ und „Des Löwen Erwachen“ verboten worden, weil das Apollo-Theater ein Musiktheater wäre und die beiden Stücke keinen ersten Charakter hätten. Herr Jiegara beschwerte sich vergeblich beim Oberpräsidenten und legte dann beim Ober-Verwaltungsgericht, indem er den Einwand der Ungünstigkeit jener Vorschriften erhob und außerdem geltend machte, das Apollo-Theater sei ein Theater im eigentlichen Sinne und diene auch dem höheren Interesse der Kunst.

Das Ober-Verwaltungsgericht wies nach dreistündiger Beratung die Klage mit der Begründung ab, daß das Apollo-Theater nicht zu den Theatern gehöre, die den höheren Interessen der Kunst dienen und daß die Postverordnung auch in den hier in Frage kommenden Punkten rechtsgültig sei.

Die Veruntreuungen des Verusgenossenschafts-Direktors Georg Meyer aus der Neuen Promenade Nr. 3 belaufen sich nach den vorläufig abgeschlossenen Feststellungen auf 63 000 Mark. Von einer Rückzahlung kann bei ihm eigentlich nicht gesprochen werden. Was er einnahm, behielt er einsteuieren im Kopf, um es gelegentlich einzutragen. Wenn er dazu kam, so schrieb er dann ein, was er noch nicht bezogen hatte. Damit es „stimmte“, richtete er dann auch die Ausgaben in den Büchern den Einnahmen entsprechend ein. Den Jahresabschluss schickte er an die Centrale der beiden Verusgenossenschaften nach Mainz. Hier scheint die Prüfung ebensoviele genau gewesen zu sein, wie bei der Rückkehr des Abschusses nach Berlin. Denn sonst hätte es z. B. kaum unbemerkt bleiben können, daß Meyer auf ein Jahr nicht 12, sondern 15 Monate rechnete. Die erste Unterabrechnung liegt 10 Jahre zurück. Außer den Verusgenossenschaften hat Meyer auch keine Später geschädigt. Die Sonntagsschüler der Georgengemeinde, in der Meyer unterrichtete, legten vielfach eine Spardbüchse an, um ihre Groschen zu sammeln. Auf Wunsch eines Geisteslichen, der mit andren Arbeitern überhäuft war, wandten sich die Schüler an Meyer, der ihnen denn auch das Geld abnahm und verzinst. Die Beiträge jedes Schülers trug er auch in ein Spardbüchlein ein, von einer andren Wadung hat man keine Spur gefunden. Daher hat man auch den Umfang dieser Veruntreuungen noch nicht bestimmt ermitteln können; 2000 M. aber mögen es wohl sein.

Ein gewerksmäßiger Fahrraddieb ist ein gewisser Erich Busch, ein Mann von 35 Jahren. Nach Verhaftung einer zweifährigen Gefängnisstrafe erst am 5. M. entlassen, stahl er gleich wieder in Braunschweig ein Rad (Marke „Wanderer“), fuhr damit über Land, bis er es in Weselungen an einen Gastwirt verkaufte, wandte sich dann nach Berlin, wurde aber hier gestern beim Diebstahl eines Damenrades in der Danzigerstraße abgefaßt und wieder eingesperrt.

Der Schrecken seiner angesehenen Familie ist ein Mann, Namens James Groß, der sich unter den verchiedensten Namen in der Welt herumgetrieben und Schwindelchen verübt hat. Als ihm zuletzt in London nach längerem Aufenthalt das Pflaster zu heiß wurde, kam er wieder nach Berlin. Hier nannte er sich Schwindler Schweizer, ferner Gordon aus London und mit Vorliebe Dr. med. Hant. Seine Hauptbeschäftigung bestand darin, sich eine Wohnung

zu mieten unter dem Vorwande, daß seine Sachen und Papiere noch auf dem Dampfer seien, die Vermieter um 30 bis 40 Mark anzupumpen und dann zu verschwinden. So trieb er es in allen Stadtteilen, bis eine nichtsanftmütige Berlin sich bei der Kriminalpolizei einmal nach ihm erkundigte. Diese hatte den Mann schon gesucht, konnte ihn aber nicht erwischen, da die Anzeigen immer zu spät kamen. Als sie sich nun den Dr. med. Blau etwas genauer ansah, blieb dieser dabei, daß er so und nicht anders heiße. Der Erkennungsdiens aber stellte bald fest, daß Dr. Blau, Schweiger und Jordan eine und dieselbe Persönlichkeit und niemand anders als James Groß waren, mit dem sich schon verschiedene Strafbehörden beschäftigt haben. Der Schwindler wurde verhaftet.

Der Saalbach-Einsturz in der Gormannstraße — eine Folge des Unwetters. Der Einsturz des eisernen Saalbaches beim Neubau des Central-Arbeitsnachweises in der Gormannstraße, der, wie erinnerlich, am 22. April d. J. erfolgte, wird nunmehr auf das Unwetter vom 14. April zurückgeführt. Wie uns mitgeteilt wird, wurde konstatiert, daß der Wäg gelegentlich des großen Unwetters in den Saalbach eingeschlagen habe und dadurch eine Lockerung und schließlich den Einsturz herbeiführte. Die Aufbaumarbeiten, die mit großen Schwierigkeiten verbunden sind, sind noch immer nicht beendet.

Die Leiche eines jungen Mannes wurde gestern Abend gegen 7 Uhr in der Straße Reu-Köln am Wasser hinter den Fischdomen, die dort stets lagern, gefunden. Nach den bei ihm gefundenen Papieren handelt es sich um den 25-jährigen Arbeiter Albert Wiltner aus der Hofmannstr. 20. Nach längerer Untersuchung fand man, daß es sich mit einem Revolver ins Herz geschossen hatte. Die Leiche wurde nach dem Schanzenweg geschafft.

Feuerbericht. In der letzten Nacht wurde wieder einmal Unfug am öffentlichen Feuerwehler in der Wasserhofstraße verübt. Leider konnte man den Täter nicht habhaft werden. Mittwochsabend kurz nach 7 Uhr wurde die Wehr nach der Pflanzstr. 5 gerufen. Hier war in einem Keller ein Feuer ausgebrochen, das in kurzer Zeit alles Gerümpel, Lumpen, Stroh etc. ergriffen hatte. Die Wehr hatte dabei längere Zeit aus einer Schlauchleitung Wasser zu geben, um die Flammen zu ersticken. Nachmittags 2 Uhr mußte Gröner Weg 64 außerdem noch ein kleiner Flächenbrand beseitigt werden.

Die „deutsche Automobil-Ausstellung Berlin 1902“ in der Georgenstraße Nr. 12 wurde gestern feierlich eröffnet. Nach Begrüßungsansprachen des Vorsitzenden des Arbeitsausschusses, Generalmajors z. D. Becker und des Fürsten von Hohenlohe-Dehringen, erfolgte der stillesche Rundgang. Die Ausstellung ist von 114 Ausstellern besucht und umfaßt alle Zweige des Automobilwesens, so daß außer vollständigen Motorwagen aller Art, Luxuswagen, Geschäftswagen und Kleinwagen auch einzelne Teile, wie Motoranlagen, Gummitreifen etc. ausgestellt sind. Die Ausstellung wird bis zum 26. Mai währen.

Dr. G. Decker, der bekannte Amerikaforscher, wird am Sonnabend 8 Uhr im wissenschaftlichen Theater der „Urania“ einen Vortrag über die westindischen Vulkan- und Erdbeben halten, unter Führung von zahlreichen Abbildungen nach eigenen Aufnahmen. Dr. G. Decker ist einer von den wenigen deutschen Forschungsreisenden, die Martinique und seine Nachbarinseln wenige Jahre vor der furchtbaren Katastrophe besucht haben.

Deutscher Freidenker-Kongress. Die XIX. Hauptversammlung des Bundes deutscher Freidenker findet am Montag, den 19., und Dienstag, den 20. Mai, in Berlin (Unter den Linden 16, III) statt. Aus diesem Anlaß wird der Bundesvorsitzende, Prediger G. Fischer aus Breslau, Montag, den 19., vormittags 10^{1/4} Uhr, in der Berliner freireligiösen Gemeinde (St. Franziskanerstr. 6) den Festvortrag halten. Gäste sind willkommen.

Die Pensionsanstalt Deutscher Journalisten und Schriftsteller (Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit) in München hielt gestern Abend in den Räumen des Berliner Pressklubs ihre ordentliche Hauptversammlung ab, bei der 23 Ortsverbände durch 17 Abgeordnete vertreten waren. Den Vorsitz führte Direktor Benzler-Berlin. Der vorliegende Geschäftsbericht für 1901 wurde einstimmig angenommen und dem Vorstand, dessen Mitglieder Ehrenstellen bekleiden, für seine hingebende Arbeit der Dank der Versammlung zum Ausdruck gebracht. Im Anschluß an den Bericht trill Obmann W. Prager-München mit, daß im laufenden Jahre schon eine Reihe sehr erfreulicher Erfolge auf dem Gebiete der außerordentlichen Einnahmen und die Bildung weiterer Ortsverbände zu verzeichnen sind. Die durch Einführung des Privat-Versicherungs-Gesetzes notwendig gewordenen Satzungsänderungen fanden einstimmig Annahme. Die auscheidenden Vorstand- und Ausschüßrats-Mitglieder wurden einstimmig wiedergewählt. An Stelle des verstorbenen Ausschüßrates Gustav Dahms-Berlin wird Chefredacteur Heinrich Rippler-Berlin und an Stelle des verstorbenen Ausschüßrats-Mitgliedes Karl Wegfeld-München Herr Ernst Barth-München gewählt.

Aus den Nachbarorten.

Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung nahm am Mittwoch die Auslosung der Wahlperioden für die Mitglieder der Deputationen für den Städtischen Arbeitsnachweis vor. Bis zum 1. Januar 1904 sind auf Grund der Auslosung tätig Post, Penzsch, Förster, Waacke, bis zum 1. Januar 1906 Klein, Städtchen, Menge, Hoppe, und bis zum 1. Januar 1908 Dr. v. Pögl und Marz. — Bedrohliches Interesse erregte die Beratung des Prachitzschen - Projektes. Durch Verbreiterung und Verlängerung der Bismarck-Straße soll eine fünfzig Meter breite Straße geschaffen werden, die eine direkte Verbindung der Linden mit dem Grunewald bis nach Bickelberge bildet. Die Kosten, die sich auf 10 Millionen Mark belaufen, sollen entweder durch eine schwebende Schuld oder durch eine Anleihe gedeckt werden. In der Debatte wurde abseits dem Verlangen Ausdruck gegeben, daß die Regierung aufgefordert werden solle, die Jungfernhöhe als Waldbestand dauernd zu erhalten, damit auch die Bewohner des Stadtteils jenseits der Spree eine Erholungsstätte haben. Namens unserer Fraktion wies Genosse Borcardi die Kommission zurück, als ob der Beschuß der Stadtgemeinde irgendwie entgegengekommen sei; auch warnte er davor, etwa die der Stadt zufallenden Grundstücke später zu verkaufen, um auf diese Weise einen Teil der Kosten zu decken. In ähnlichem Sinne äußerte sich Genosse Vogel, der zusammen mit Borcardi dem zur Vorbereitung eingesetzten Ausschüß angehört. — Eine weitere Vorlage des Magistrats betraf die mientgesliche Ueberlassung eines der Städtischen großen Grundstücke an das Kuratorium des Waisenhauses „Stiftung Lützen-Andenken“, mit der Verpflichtung, innerhalb dreier Jahre darauf ein Waisenhaus zu errichten. Entsprechend dem Antrag des Referenten wurde die Beschlußfassung vertagt, bis der Petitionsausschuß zu einer Petition auf Errichtung eines Waisenhauses Stellung genommen hat.

Bei der Stichwahl zur Gemeindevertretung in Schmargendorf wurde der Kandidat der Mieterpartei Herr Jung mit 99 gegen 2 (zwei) Stimmen für den am 1. streuen Herrn Zdurow gewählt. Der Sieg des ersten Oppositionellen ist eine schwere Niederlage der amtierenden Partei und ihrer Hintermänner, sowie eine Verurteilung der Tätigkeit unserer Gemeindevertretung und ihrer Praktiken, durch welche das Recht der Wähler bei den vorausgegangenen Wahlen beschnitten wurde. Die Wahl ist die Antwort auf jenen schriftlichen Bescheid des Gemeindevorstandes, nachdem eine Eingabe der Einwohner an die Gemeindevertretung „zur Abklärung der Affäre“ verwandt wurde. Unser Verlangen der beabsichtigten Änderung sozialdemokratischer Stimmen für die Stichwahl hat in letztere einen Keil getrieben, der diese zwang, der Stichwahl fernzubleiben.

Die letzte Gemeindevertreter-Sitzung in Schmargendorf beschloß auf Anregung des Landratsamts die Beschaffung eines Desinfektionsapparates, der Unheimlichkeiten mientgeslich und sonst gegen Erstattung der Kosten für Materialien zur Verfügung nach

ansteckenden Krankheiten gestellt wird. Die Beschlußfassung über einen Antrag der Schulvorsteherin Frau Blauenhorn um Ueberlassung von Räumen des leerstehenden alten Schulhauses für ein Kinderheim, in dem auch die jetzt in Privatpflege vergebenen Waisenkinder aufgenommen werden sollen, wurde zunächst zwecks genauerer Information ausgesetzt. Dem Verein zur wirtschaftlichen Förderung der Blinden wurden 25 M. und für die Fachschule der Barbier etc. in Steglitz eine laufende Unterstützung von 20 M. bewilligt.

Steglitz. In dem Kirchendiebstahl ist zu berichten, daß die Verhafteten, der Kirchendiener Freige und zwei seiner Söhne, wieder auf freien Fuß gesetzt sind, eine Coulang seitens der Behörden, deren sich sozialdemokratische Redacteure und für das Koalitionsrecht kämpfende Arbeiter nicht erfreuen. In dem Verhör hat Freige angegeben, daß er den Schlüssel zum Opferstode im letzten Winter im Schnee gefunden habe, was jedoch deswegen unmöglich ist, weil noch nie ein Schlüssel, die sich stets in dem Gewachsom eines Geislichen befinden, vermisst wurde. Welches Ansehen der fromme Mann in Steglitz genöß, geht auch daraus hervor, daß ihn noch im April d. J. von der politischen Gemeinde eine Gehaltsüberhöhung von 60 M. bewilligt wurde, nachdem ihn der Gemeindevorsteher als einen besonders pflichttreuen Beamten geschildert hatte. — Die Geschichten, welche jetzt über den frommen Mann kursieren, der sich bereits seit 22 Jahren im Amt befindet, lassen es unerklärlich erscheinen, daß ihm das Handwerk nicht längst gelegt wurde, zumal vor Jahren schon einmal ein starker Verdacht gegen ihn bestand. Mit welcher Verleumdung Freige „arbeitete“, beleuchtet folgende Episode. Nach einem der mehrfach vorgekommenen nächtlichen Einbrüche, welche sonderbarer Weise immer durch ein „zufällig“ offen gebliebenes Fensterchen der Sakristei erfolgten, durch welches höchstens ein Kind schlüpfen könnte, klingelte der Kirchenhüter vor Tau und Nebel einen der Herren Geislichen aus dem Schlaf, um ihn ganz aufgelöst die Mitteilung von dem schändlichen Verbrechen zu machen.

Soziale Rechtspflege.

Die Anwendung der Fabrikarbeiter-Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung auf einen großen Schneiderbetrieb, der von der Polizei verurteilt und von der Staatsanwaltschaft gebilligt worden ist, hat im Strafverfahren nicht die Zustimmung des Kammergerichts erhalten. Es handelte sich um folgenden interessanten Fall. Im Schneideratelier des Herrn Spiger in der Mohrenstraße zu Berlin werden aus Stoffen, die Sp. selber bezieht, elegante Damen-Kleidungsstücke nach Maß angefertigt. Da es sich um die feinsten Sachen handelt, so erzielt Sp., trotzdem er im Jahre nur etwa 1000 Einzelbestellungen erhält, doch aus der Schneiderlei allein ein Jahresumsatz von durchschnittlich 400 000 M., wozu noch etwa 35 000 M. aus seiner Wäsche-Abteilung kommen, in der auch nur für einzelne und nach Maß gearbeitet wird. In der Schneiderlei beschäftigt Sp. stets mindestens 20 Arbeiterinnen und 4 Schneider, in der Frühjahrssaison und in der Herbstsaison werden es über 100, die in neun großen Zimmern im Geschäftshause selber arbeiten. Die Arbeitstellung ist insofern durchgeföhrt, als ein Teil nur Röcke, der andre nur Tailen arbeitet und die Stepperei, abgesehen von Ausnahmen, von besonderen Arbeiterinnen besorgt werde. Im Schneiderbetrieb werden vier Nähmaschinen und eine Pflanzmaschine benutzt. Für die Buchführung hat Sp. ein besonderes kaufmännisches Personal. — Spiger war nun wegen Uebertretung der §§ 134a bis 138a, 147 Ziffer 5, 148 Ziffer 2 und 149 Ziffer 7 der Gewerbe-Ordnung angeklagt, weil er die Anforderungen, die an Fabrikbetriebe hinsichtlich der Arbeitordnung, der Arbeitszeit der Arbeiterinnen etc. gestellt werden, nicht erfüllt hatte. Angeklagter bestritt, daß seine Werkstätten eine Fabrik seien. Das Landgericht I verurteilte ihn jedoch zu einer Geldstrafe von 150 M., indem es die Schneiderlei des Angeklagten als einen Fabrikbetrieb ansah.

Spiger legte Revision ein, die Rechtsanwältin Hugo Sachs vor dem Kammergericht verteidigte. Der Strafsenat hob die Vorentscheidung auf und sprach den Angeklagten mit folgender Begründung frei:

Wenn das Landgericht feststellte, daß Sp. viele, manchmal an 100 Arbeiter und Arbeiterinnen in neun großen von ihm gemieteten Räumen in der Weise, wie angegeben, beschäftige, daß Arbeitstellung im Betriebe obwalte, daß allein am Kleider jährlich 400 000 Mark im Geschäft umgesetzt würden, daß der sociale Gegensatz zwischen dem Arbeitgeber und seinen Schneiderinnen und Schneidern hier ein scharfer sei usw.: so seien dies allerdings lauter Kriterien des Fabrikbetriebes. Es sei aber falsch, schon wegen des Vorliegens der Mehrzahl dieser Kriterien einen Fabrikbetrieb anzunehmen. Trotz alledem sei unter Umständen das Vorliegen eines Fabrikbetriebes zu verneinen. Hier müsse es verneint werden deshalb, weil bei Spiger nur nach Maß auf Einzelbestellungen hin gearbeitet werde. Die Arbeiten würden hier ausgeführt zur Befriedigung individueller Bedürfnisse, was beim Fabrikbetriebe nicht der Fall sei. Die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung über die Arbeitsverhältnisse in Fabrikbetrieben fanden somit auf den Gewerbebetrieb des Herrn Spiger keine Anwendung. Aber auch die Konfektionsarbeiter-Verordnung des Bundesrats vom 31. Mai 1897 sei nicht anzuwenden. Wenn diese von der Herstellung „im großen“ spreche, dann meine sie Werkstätten, wo gleichartige Stücke in derselben Weise „im großen“ hergestellt würden. Das trifft im vorliegenden Falle nicht zu. Gleichgültig wäre demgegenüber, daß der Gewerbebetrieb an sich bedeutend sei.

Kramphaderbruch als Betriebsunfall. Die Hinterbliebenen des Kaufmanns J., der am 31. August 1900 infolge Platzens einer Kramphader verstorben ist, waren von der Bekleidungsindustrie-Vereinsgenossenschaft mit ihrem Anspruch auf Unfallrente abgewiesen worden. Frau J. legte Verusung ein und machte geltend, daß ihr Mann sich zwei Tage vor seinem Tode an der fraglichen Stelle des linken Beines gestoßen habe, als er mehrere Aufträge des Arbeitgebers erledigte und dabei den Camibus benutzte. Es handelte sich um einen Betriebsunfall, an dessen Folgen J. verstorben sei. Die Klägerin nannte auch mehrere Zeugen, denen der Verstorbene von dem behaupteten Vorfall erzählt hat. Das Schiedsgericht legte indessen darauf kein Gewicht, sondern wies die Verusung ohne weiteres zurück, indem es ansführte: Selbst wenn die Angaben durch Zeugen bestätigt würden, könnte die Beklagte nicht verurteilt werden. Kramphader könnten erfahrungsgemäß auch ohne äußere Verletzung platzen. Unter Berücksichtigung des ärztlichen Befundes sei hier nur mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Stelle, von der das Blut austrat, schon verletzt war und der Kramphaderbruch infolge der Verletzung erfolgte. Ebenso gut könne aber die Ader ohne solchen äußeren Anlaß platzen. Die bloße Möglichkeit des ersten Falles genüge nicht, die Entscheidungspflicht der Vereinsgenossenschaft zu begründen; dazu wäre vielmehr eine an Gewißheit grenzende Wahrscheinlichkeit erforderlich. — Gegen dieses Urteil legte die Klägerin Rekurs ein. Ihr Vertreter, Schriftsteller J. Franke, erzielte zunächst beim Reichs-Versicherungsamt eine Beweiserhebung. Es wurde durch die Vernehmung der Zeugen festgesetzt, daß der Verstorbene tatsächlich schon am 29. August eine blutige Stelle am linken Bein dem Arbeiter J. gezeigt und ihm erzählt hat, er habe sich beim Fortschleppen von Waren dort gestoßen. Auf Veranlassung des Vertreters wurde eine Zeugin über eine Ausrufung des Verstorbenen gehört, die nach der polizeilichen Protokollierung gelauter haben soll: da ist mir wohl wieder eine Ader geplatzt. Die Zeugin behauptete unter ihrem Eide, daß das Wort wieder nicht gefallen sei.

Das Reichs-Versicherungsamt hob nunmehr die Vorentscheidung auf und verurteilte die Vereinsgenossenschaft zur Renteengewährung.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 18. Mai, vormittags 10^{1/4} Uhr, in der Aula der 69. Gemeindegemeinde, St. Franziskanerstr. 6: Versammlung. Festvortrag des Herrn Dr. Bruno Wille. — Montag, den 19. Mai, vorm. 10^{1/4} Uhr, ebendort: Festvortrag des Herrn G. Fischer: „Der Bibelgott als Erzieher der Menschheit.“ — Vor- und Nachspiel auf dem Pariser Musikgarnisonium. — Gänge, Damen und Herren, sehr willkommen.

In der **Humanitären Gemeinde**, Niederwallstr. 12, in der Aula der Friedrich-Werderschen Ober-Realschule, hält am ersten Pfingstfesttag, vormittags 10^{1/4} Uhr, Herr Dr. Rudolf Feuzig einen Vortrag über: „Menschengeist und Elementarkraft.“ — Damen und Herren haben freien Zutritt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt.

O. J., Strelitzerstraße Nr. 16. Das müssen Sie einen Substanz fragen.

N. S. 25. 1. Frauen können vor Gericht und vor dem Standesbeamten Zeuge sein. 2. Der Pfingsttag ist ein gesetzlicher Feiertag, der jedoch nicht als Feiertag, sondern als arbeitsfreie Tage mit sechs Stunden für 100 Arbeiterinnen. — **S. K. 10.** 1. Die höhere Wehrbezirk. 2. Wer das 18. Lebensjahr vollendet hat, ist auf seinen Antrag an die untere Verwaltungsbehörde (Magistratsabteilung, Wehrbezirk, 24) von der Wehrpflicht zu befreien. 3. Untere Verwaltungsbehörde. 4. In Reichensbergerstraße. — **S. K. 26.** 1. u. 2. Ein Testament kann eigenhändig ohne bedürftliches Zuzug errichtet werden, muß aber dattiert und eigenhändig ge- und unterschrieben sein. Beispiele für Testamente finden Sie S. 238 des dem Arbeiterrecht beigelegten Jahrbuchs. Das Arbeiterrecht liegt in den öffentlichen Verfassungen aus. 3. 4. u. 6. Wenn im Testament nicht anders steht: Ja. 5. Ja. 7. Darüber können im Testament Verfügungen gemacht werden. — **S. K. 20.** 1. Kein. 2. Ja. — **S. K. 8.** Die Verordnung ist durchaus zulässig. Sie entspricht der Anweisung des Ministers vom 10. Juni und der des Regierungspräsidenten vom 22. Juni 1892: Danach soll die Beschäftigungsdauer von höchstens 5 Stunden in die Zeit von 6^{1/2} vormittags bis 1^{1/2} nachmittags fallen. — **A.** Die Wehrpflicht entspricht dem Gesetz. Wiederholt ist an dieser Stelle hervorgehoben, daß die Wehrpflicht nicht mit einer bestimmten Altersgrenze unter allen Umständen endet. Nach § 33 des Reichs-Wehrgesetzes wird die Dienstzeit der unehelichen Wehrpflichtigen erst von nachfolgenden Rekruten-Einstellungstermin an gerechnet. Ueber die Berechnung der Dienstzeit vergleichen Sie Dr. Th. — 1000. Ja. — **N. S. 9.** Gegen die Eintragung eines Vereins kann die Verwaltungsbehörde Einspruch erheben, wenn der Verein nach dem öffentlichen Interesse recht unerlaubt ist oder verboten werden kann oder wenn er einen politischen, socialpolitischen oder religiösen Zweck verfolgt. Gegen den Einspruch der Verwaltungsbehörde ist das Verwaltungsrecht-Verfahren zulässig. Als Verwaltungsbehörde ist nach der Verordnung vom 16. 11. 99 für Berlin der Polizeipräsident (für Stadtkreise die Ortspolizeibehörde, sonst der Landrat) zuständig. Ueber die Rechtmäßigkeit des Einspruchs entscheidet der Verwaltungsbehörden. Der Berliner Bezirksausschuß befindet sich Zwinowitzerstraße 32. Für das Verwaltungsrecht-Verfahren besteht kein Anwaltszwang; die Parteien bedürfen keines Rechtsbeistandes, können sich vielmehr schriftlich und mündlich selbst vertreten. — **Dr. Th.** Die Verpflichtung zum Dienst im stehenden Heer beginnt mit dem 1. Januar und zwar in der Regel desjenigen Kalenderjahres, in welchem der Wehrpflichtige das 20. Lebensjahr vollendet, und dauert 7 Jahre. Die aktive Dienstzeit wird nach dem wirklich erfolgten Dienstantritt berechnet, jedoch vom 1. Oktober bis 31. März Eingekallte gelten als vom 1. Oktober eingekallt. Nach Vollendung des aktiven Dienstes (in der Regel nach zwei Jahren) erfolgt Verurlaubung zur Reserve. Die Verurlaubung von der Wehrbezirk zur Landwehr und die Entlassung aus der Landwehr findet in der Regel in den Frühjahrskontrollversammlungen, bei denen, die in der Zeit vom 1. April bis 30. September eingetruen sind, bei den Heckskontrollen statt. Die Landwehr ist in zwei Aufgebots eingeteilt. Die Verpflichtung zum Dienst in der Landwehr I. Aufgebots ist von fünfjähriger Dauer; der Eintritt erfolgt nach abgeleiteter Dienstzeit im stehenden Heer. Die Dienstzeit der Mannschaften des Beurlaubtenlandes, die sich der Kontrolle länger als ein Jahr entziehen oder eine Order zum Dienst ohne anerkannte Entschuldigung unterlassen lassen, kann (unbeschadet der Strafen) verlängert werden. Vierjährig freiwillige Kavalleristen haben nur drei Jahre in der Landwehr I. Aufgebots zu dienen. Die Verpflichtung zu der — nicht mehr abgabepflichtigen — Landwehr II. Aufgebots dauert bis zum 31. März des Jahres, in dem das 30. Lebensjahr vollendet wird. Landwehr-Plumsschaften, welche das 30. Lebensjahr überschritten haben, können in den gesetzlichen Regelungen nur andauernd auf Grund besonderer förmlicher Verordnung einberufen werden. Das trifft aber nicht zu, wenn Sie einwober infolge eignen Verstandes verpätet in den aktiven Dienst eingetruen sind, oder wenn Sie wegen Kontrollentziehung nachlassen müssen, oder wenn Sie infolge einer Freiheitsstrafe von mehr als sechs Wochen nachlassen müssen, oder wenn Sie auf Ihren Antrag von der zuletzt vorhergegangenen Landwehrrückbildung befreit worden sind. (§ 4 des Kontrollgesetzes vom 15. Februar 1876).

Witterungsübersicht vom 15. Mai 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. G. 6-9 Uhr	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. G. 6-9 Uhr
Swinemünde	757	SB	2 heiter	6	6	Saparanda	765	D	2 wolkenl.	5	5
Hamburg	756	SB	6 Regen	4	4	Petersburg	764	SO	2 wolkenl.	8	8
Berlin	758	SB	2 heiter	6	6	Gort	757	—	4 bedeckt	12	12
Konigsf. W.	760	SW	1 bedekt	2	2	Urbereben	—	—	—	—	—
München	760	SB	5 wolkenl.	6	6	Paris	761	SB	2 wolkenl.	7	7
Wien	758	SB	— bis bed.	8	8						

Wetter-Prognose für Freitag, den 16. Mai 1902.
Etwas wärmer, zunächst ziemlich heiter bei mäßigen südwestlichen Winden; später neue Trübung und Regen.
Berliner Wetterbureau.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. (Nord-Osten.)
Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied **Emil Dastig** 243/7
Kottbuser Ufer 55
am 13. d. M. seinen langen, schweren Leiden erlegen ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag abends um 8^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichshöhe aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Am Mittwoch verschied nach langem schweren Krankenlager der alte Parteigenosse, Gattler **Emil Dastig**.
Wir verlieren in ihm einen treuen, kampfbereiten Streiter für die Sozialdemokratie.
Ehre seinem Andenken!
Die Parteigenossen Berlin.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 17. d. M., nachmittags 4^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichshöhe aus statt.

Emil Dastig.
Wir verlieren in ihm einen treuen, kampfbereiten Streiter für die Sozialdemokratie.
Ehre seinem Andenken!
Die Parteigenossen Berlin.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 17. d. M., nachmittags 4^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichshöhe aus statt.
Centralverband der Wanree Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Zeltweg der Putzer.
Den Mitgliedern sowie den Mitglieder des Gesangsvereins zur Nachricht, daß am 14. Mai unser Mitglied **Wilhelm Kurzweg** 137/15
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 17. d. M., nachmittags 5 Uhr, vom Rohlber-Krankenhaus aus auf dem Friedhofe der St. Johannes-Gemeinde zu Wägensee statt.
Die örtliche Verwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Wärtler **Otto Borke** 115/4
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 16. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofs in Britz aus statt.
Seine Beerdigung erwartet
Die Ortsverwaltung.
Wöbel-Fabrik „Victoria“ Krautstraße 52.
General-Versammlung
31. Mai, abends 6 Uhr, in den Geschäftsräumen.
L. O.: Jahressbericht. Renowahl des Vorstandes, Berichtendes.
264/7 M. Hincks. W. Schulze.